

Zeitung zur Wahl



· Informationen zur Allianz für Deutschland ·

Frieden und Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in einem geeinten Deutschland

Mit den ersten freien und geheimen Wahlen zur Volkskammer erfüllte sich der Wille des Volkes zur Demokratie. Die jahrzehntelange Unterjochung unter die stalinistische Diktatur wird endlich vorbei sein. Mit dem Ruf „Nie wieder Sozialismus!" zeigen die Menschen, daß sie endgültig genug haben von der Ausbeutung des Volkes durch eine korrupte Funktionärskaste. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere: Wie soll die neue demokratische Zukunft gestaltet werden? Dazu ist es wichtig, bei der Wahl zur Volkskammer die richtige demokratische Partei zu wählen.

Die Bevölkerung hat inzwischen deutlich bekundet, wie sie sich ihre Zukunft vorstellt:

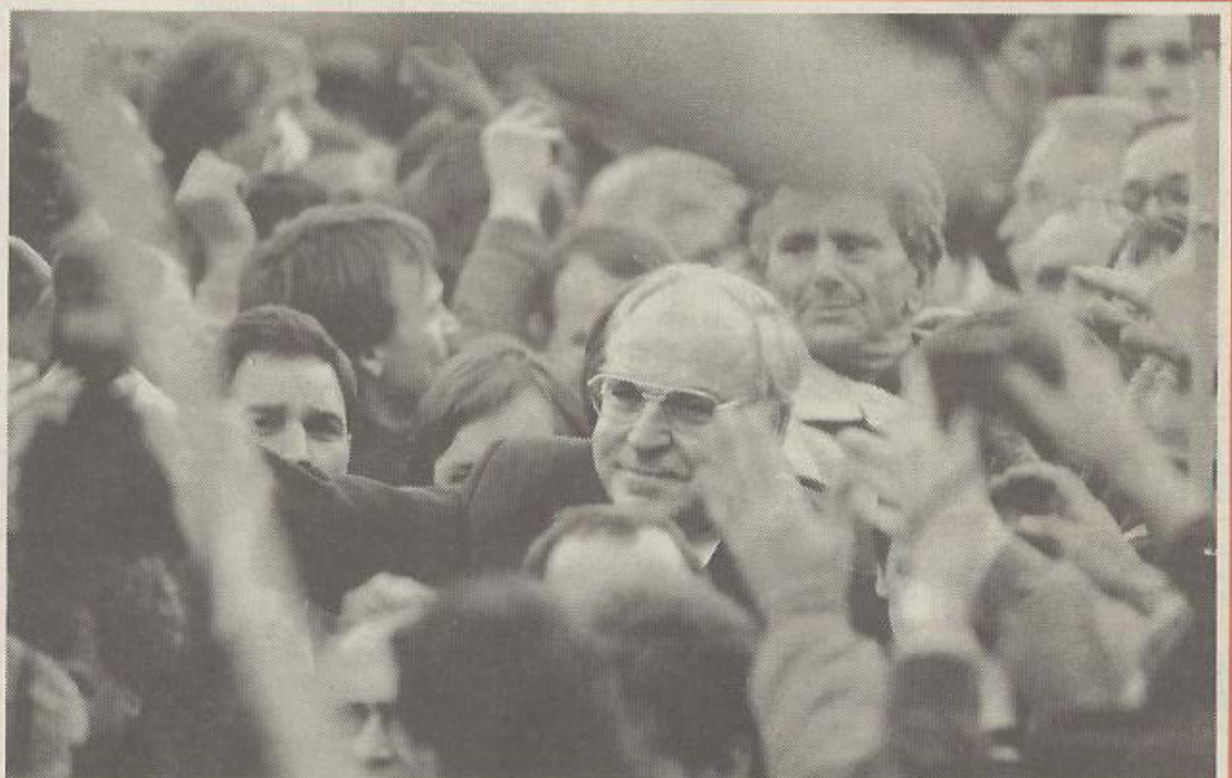
- Die DDR soll zusammen mit der Bundesrepublik wieder ein „einig Vaterland" bilden, denn wir sind „ein Volk".
- Frieden und Freiheit in einem geeinten Deutschland müssen garantiert sein.
- Mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland soll der Wohlstand endlich auch die Menschen in der DDR erreichen.
- Die neue Wirtschaftsordnung soll zugleich dafür sorgen, daß die Menschen in der DDR in sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit wie in der Bundesrepublik leben können.

Das alles will die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung. Und das alles wollen die drei in der ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND zusammengeschlossenen Parteien erreichen. Demokratischer Aufbruch (DA), Deutsche Soziale Union (DSU) und Christlich Demokratische Union (CDU) bilden eine klare Alternative zu den Parteien, die immer noch nicht vom Sozialismus und seinen Spielarten Abschied genommen haben oder die sich zersplittern.

Helmut Kohl: Unterstützung für die Allianz

Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt die Ziele der Allianz für Deutschland, weil er „fest davon überzeugt ist", daß diese Parteien „am ehesten Garant für einen klaren Kurs sind, der lautet: Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit, Mitarbeit an der Einigung Europas, Wohlstand und soziale Sicherheit für die Menschen in Deutschland."

(Kommentar von Helmut Kohl auf Seite 2: Nationale Solidarität)



Umdrängt und umjubelt: Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinen Wahlveranstaltungen in der DDR für die Allianz für Deutschland.

Helmut Kohl gibt uns Hoffnung auf eine bessere Zukunft





Wir sind ein Volk: Besser können die Menschen ihr Zusammengehörigkeitsgefühl und ihren Willen zur Einheit nicht zum Ausdruck bringen, als in Scharen zu den Veranstaltungen mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Allein in Erfurt auf dem Domplatz waren es 150 000. Helmut Kohl ist der Politiker, der uns die Hoffnung gibt, daß sich unsere Lage endlich zum Besseren wendet.

Sorgen sind unbegründet

Rente:

Kein Rentner muß Angst haben. Bundeskanzler Helmut Kohl schreibt in dieser Zeitung, der wohlverdiente Lebensabend auch der DDR-Rentner werde in einem geeinten Deutschland abgesichert sein.

Sparkonten:

Von vielen wird diskutiert, was bei einer Währungsunion mit den Sparbüchern geschieht. In Erfurt sagte Helmut Kohl, „daß es gegenüber diesen Sparern eine besondere soziale Verpflichtung gibt, die ich nicht vergessen werde."

Arbeitslosigkeit:

Ebenfalls in Erfurt sagte Helmut Kohl: „Wir müssen so schnell wie möglich eine Arbeitslosenversicherung in einem Netz der sozialen Sicherheit aufbauen und für berufliche Qualifizierung sorgen."

Allianz-Parteien begrüßen Angebot der Währungs-Union:

D-Mark auch bei uns

In einer gemeinsamen Erklärung haben die drei in der Allianz für Deutschland zusammengeschlossenen Parteien das Angebot zu einer Währungs-Union mit der Bundesrepublik Deutschland begrüßt. „Die Realisierung dieser außergewöhnlichen politischen Entscheidung könnte das Signal sein, das viele davon abhält, in den Westen zu gehen."

„In dieser großen Stunde unseres Volkes geht es nicht um Geschenke und Kredite, sondern um einen Akt nationaler Solidarität."

Währungs-Union und Soziale Marktwirtschaft zusammen bildeten das Fundament für eine rasche wirtschaftliche Gesundung in unserem Teil Deutschlands. Außerdem würde dies das Sozialsystem sichern. Um die Sozialunion zu erreichen, sei die Währungs-Union unerläßlich.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, wie die Währungs-Union verwirklicht werden soll:

„Was bedeutet unser Angebot konkret? Das Angebot zur Währungs-Union und Wirtschaftsgemeinschaft besteht im Kern aus zwei Teilen:

1. Zu einem Stichtag wird die Mark der DDR als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel durch die D-Mark ersetzt.
2. Zeitgleich müssen von der DDR die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden.

Beide Elemente stehen für die Bundesregierung in einem unauflösbaren Zusammenhang.

Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet es, daß wir damit unseren stärksten wirtschaftlichen Aktivposten einbringen – die Deutsche Mark."

Inhalt

Allianz konsequenter Wegbereiter für die gemeinsame Zukunft

Bei seinen vielen Begegnungen mit den Menschen aus allen Teilen der DDR hat der Generalsekretär der CDU in der Bundesrepublik, Volker Rühe, den Eindruck gewonnen, daß die Allianz für Deutschland der konsequenteste Wegbereiter für ein geeintes Deutschland ist. Die Ziele der in der Allianz zusammengeschlossenen Parteien, so Volker Rühe gegenüber unserer Zeitung, sind auch die Ziele der CDU in der Bundesrepublik. „Deshalb halten wir es für selbstverständlich, in echter Partnerschaft mitzuhelfen beim Aufbau eines freien und sozialen Rechtsstaates," sagt Rühe. Die Unterstützung für die Allianz entspreche dem Willen der Bevölkerung der DDR und finde ihren weit über die Parteigrenzen hinausgehenden Ausdruck in dem Satz, der überall in unserem Land zu lesen ist: „Wir sind **ein** Volk."


Volker Rühe

Wie die CDU die Bundesrepublik zum Wohlstand führte

Bereits 1949 hat die CDU die Soziale Marktwirtschaft zum Programm gemacht. Die wichtigsten Leitsätze:

- Den Leistungswettbewerb gesetzlich sicherstellen, aber Monopole und wirtschaftliche Macht kontrollieren
- Schutz der Währung durch zentrale Aufsicht des Geldwesens
- Preise dürfen nicht durch Absprachen verfälscht werden
- Ja zum Leistungslohn. Löhne handeln Unternehmer und Gewerkschaften aus.
- Freie Berufswahl, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit gewährleisten
- Privates Eigentum sicherstellen. Es muß gerecht verteilt werden.
- Vertrauen schaffen: Unternehmer, Arbeiter, Angestellte und Verbraucher müssen die Soziale Marktwirtschaft gemeinsam verwirklichen.

Diese Punkte hat die CDU der Bundesrepublik in Gesetze gefaßt und damit die Voraussetzungen des „Wirtschaftswunders" geschaffen.

- Bundesversorgungsgesetz (1950): finanzielle Hilfe für 4 Millionen Kriegsversehrte und Hinterbliebene
- Lastenausgleichsgesetz (1952): Entschädigung von Hab und Gut, das durch den Krieg verloren ging.
- Bundesvertriebenengesetz 1953: Millionen Heimatvertriebener wurden daraufhin eingegliedert.
- Kindergeldgesetz (1954): Kinderreiche Familien erhalten Geld.
- Grüner Plan (1955): Förderung der deutschen Landwirtschaft.
- Rentenreformgesetz (1957): die dynamische Rente paßt sich an die Preissteigerungen regelmäßig an. Das war ein einmaliger sozialpolitisch revolutionärer Akt.
- Sparprämiengesetz (1959): es fördert die Vermögensbildung beim „kleinen Mann". Nach der Privatisierung des Bundesvermögens wurden Volksaktien ausgegeben; Arbeiter und Angestellte wurden nochmals gesondert unterstützt, wenn sie Geld auf die hohe Kante legen wollten.
- Für den Verbraucherschutz wurde 1964 die unabhängige Stiftung Warentest gegründet. Sie testet für Verbraucher alles vom elektrischen Gerät bis zu Nahrungsmitteln.
- Arbeitsförderungsgesetz (1969): sichert Hilfe für Arbeitslose.
- Ausbildungsförderungsgesetz (1969): hilft, daß auch Kinder wenig begüterter Eltern studieren können.
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (1969).


Für Ludwig Erhard, Vater der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, war eines immer klar: Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch zusammen.

Nationale Solidarität

Von Helmut Kohl

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate haben uns Deutsche bewegt, ja viele von uns wurden von ihren Gefühlen überwältigt. Wir brauchen uns dessen nicht zu schämen, denn wir stehen in der Tat mitten in Geschehnissen von geschichtlicher Tragweite.

Es ist wahr: Noch nie, seit unser Land geteilt wurde, sind wir unserem Ziel – der staatlichen Einheit aller Deutschen in Freiheit – so nahe gekommen wie heute. Dies ist vor allem das Verdienst der Menschen in der DDR, die mit ihrem andauernden friedlichen Protest eine kommunistische Diktatur in die Knie gezwungen haben. Darauf können Sie mit Recht stolz sein.

Großartiges Ergebnis

In meinen Gesprächen mit Generalsekretär Gorbatschow am 10. Februar in Moskau wurden die entscheidenden Weichen für die Einheit in Freiheit gestellt. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS faßte das Ergebnis so zusammen:

„M.S. Gorbatschow stellte fest – und der Kanzler stimmte ihm zu –, daß es jetzt zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, daß die Deutschen selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden."

Friedliche Revolution

Dieses großartige Ergebnis bestätigt, was die Deutschen in Ost und West gesagt haben:

Wir sind **ein** Volk.

Was wir jetzt brauchen, sind Nüchternheit und Augenmaß. Niemand sollte in diesen Wochen die Geduld verlieren. Die von der ganzen Welt bewunderte friedliche Revolution der Deutschen darf jetzt nicht in Frage gestellt werden.

Freiheit und Einheit

Es kommt darauf an, daß mit den ersten freien und geheimen Wahlen in der DDR der Wille des Volkes zu Demokratie, zur Einheit in Freiheit manifestiert wird. Aus den Wahlen müssen ein wirklich freies Parlament und daraus wiederum eine handlungsfähige, dem Volk verantwortliche Regierung hervorgehen.

Ich bin überzeugt, daß dies geschehen wird. Um so wichtiger ist jetzt in der verbleibenden Zeit vor den Wahlen, daß sich die Wählerinnen und Wähler darüber klar werden, vor welcher historisch bedeutsamen Entscheidung sie stehen. Die Menschen in der DDR haben mit ihren Demonstrationen sichtbar gemacht, daß sie den Sozialismus nicht mehr wollen, daß sie Freiheit und Einheit wollen, daß sie aber auch konkrete Vorstellungen über die künftige Wirtschafts- und Sozialordnung haben.

Auf eine kurze Formel gebracht: Die Menschen in der DDR wissen, daß die Soziale Marktwirtschaft ihnen, wie den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, Freiheit, Wohlstand, soziale Sicherheit und eine friedliche und gesicherte Zukunft bringen kann.

Hier liegt der Schlüssel für die Antwort auf die Frage, welcher Partei man seine Stimme geben soll. Jeder Wähler sollte prüfen, ob das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft echt oder ob es nur ein Lippenbekenntnis ist, und er sollte gut überlegen, mit wem zusammen Soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden soll.

Klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Die Erfahrungen der letzten Monate mahnen zur Vorsicht. Von der deutschen Einheit beispielsweise wollten etliche Parteien zunächst nichts wissen. Sie vollzogen eine Wende erst, als sie merkten, daß der Forderung unseres Volkes nicht mehr auszuweichen war.

Die Parteien der „Allianz für Deutschland", also Demokratischer Aufbruch (DA), Deutsche Soziale Union (DSU) und Christlich Demokratische Union (CDU), legen ein klares, unmißverständliches Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ab. Wer sie wählt, hat in ihnen einen sicheren Verfechter dessen, was sich die Menschen in der DDR sehnlich wünschen: Sie wollen in ihrer angestammten Heimat eine glückliche Zukunft finden.

Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR ist die Grundvoraussetzung für die Verwirklichung der von mir vorgeschlagenen Währungsunion. Dieses Angebot bedeutet, daß die Bundesregierung bereit ist, auf außergewöhnliche Ereignisse und Herausforderungen in der DDR ihrerseits eine außergewöhnliche Antwort zu geben. Schließlich geht es um vieles mehr als um Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung. Es muß jetzt darum gehen, ein klares unmißverständliches Signal der Hoffnung und der Ermutigung zu setzen.

Der stärkste Aktivposten: Die Deutsche Mark

Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dieses Angebot einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft, für das eine historische Parallele wohl nicht existiert, daß wir unseren stärksten wirtschaftlichen Aktivposten einbringen – die Deutsche Mark.

Wir beteiligen so die Landsleute in der DDR unmittelbar an dem, was die Bürger der Bundesrepublik Deutschland in jahrzehntelanger beharrlicher Arbeit aufgebaut und erreicht haben. Damit werden Startbedingungen geschaffen, die eine rasche Verbesserung des Lebensstandards der DDR ermöglichen. Denn die D-Mark, eine der härtesten und stabilsten Währungen der Welt, ist das Fundament des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik – sie wird es in Zukunft auch für die DDR und für unser gemeinsames und geeintes Vaterland sein.

Es kommt ganz entscheidend darauf an, dieses Fundament in unserem gemeinsamen Interesse auch künftig tragfähig zu halten.

Das Fundament muß tragfähig bleiben

Folglich macht die Währungsunion nur dann Sinn, wenn in der DDR unverzüglich umfassende marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt werden. Ohne sie kann der wirtschaftliche Neubeginn in der DDR nicht erfolgreich sein. Das eklatante Versagen der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR kann nur mit einer marktwirtschaftlichen und zugleich sozial und ökologisch ausgerichteten Umgestaltung beseitigt werden.

Nur so kann der Zustrom privaten Kapitals in Gang kommen, wozu es eine große Bereitschaft gibt. Nur so können neue zukunftsträchtige Betriebe und Arbeitsplätze geschaffen sowie die vorhandenen Betriebe modernisiert und so die bestehenden Arbeitsplätze gesichert werden.

Etliche Menschen in der DDR befürchten, bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ins soziale Abseits zu geraten. Ich nehme die Sorgen, die sich gerade ältere oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitbürger machen, sehr ernst. Ich versichere jedoch:

Sozialer Ausgleich

Soziale Marktwirtschaft bedeutet immer auch sozialen Ausgleich. Es ist unser selbstverständliches Ziel, auch der Rentnergeneration in der DDR, die den Aufbau nach dem Krieg zu tragen hatte, den Lebensabend zu sichern. Ebenso ist es unser Ziel, Arbeitslosen einen angemessenen Ausgleich sowie berufliche Qualifizierung zu ermöglichen. Dies wird ohne tatkräftige Unterstützung durch die Bundesrepublik nicht möglich sein.

Ich bin davon überzeugt, daß wir gemeinsam die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands erfolgreich gestalten können und dies auch tun werden. Auf unsere und vor allem auf meine Solidarität können die Mitbürger in der DDR rechnen.

Ich weiß um die Schwierigkeit dieser großen Herausforderung. Aber wir haben die Kraft und den Willen, diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen.

Diese Ziele werden von den Parteien der „Allianz für Deutschland" getragen. Ich selbst setze mich beim Wahlkampf in der DDR für die Allianz ein, weil ich fest davon überzeugt bin, daß diese Parteien am ehesten Garant für einen klaren Kurs sind, der lautet: Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit, Mitarbeit an der Einigung Europas, Wohlstand und soziale Sicherheit für die Menschen in Deutschland.

So sozial ist die Soziale Marktwirtschaft

Die Sozialisten in der DDR, die an den Mißständen schuld sind, machen den Menschen jetzt Angst vor der Sozialen Marktwirtschaft. Damit muß Schluß sein. Keiner braucht Angst haben vor der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist weder reiner Kapitalismus noch sozialistische Planwirtschaft. Sie vereinigt die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des einzelnen mit einem engen Netz der sozialen Sicherheit.

Die Soziale Marktwirtschaft schützt die Menschen vor sozialen Notfällen und schafft soziale Gerechtigkeit.

Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland sind durch eine Reihe von Sozial- und Arbeitsgesetzen vor den Risiken des Arbeitslebens geschützt.

- Gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit schützt die Arbeitslosenversicherung mit dem Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe;
- Bildungs- und Qualifizierungsprogramme ermöglichen die berufliche Weiterbildung und beugen so Arbeitslosigkeit vor;
- Unfallrenten und weitere Leistungen aus der Gesetzlichen Unfallversicherung helfen im Fall eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit;
- Arbeitnehmer, die wegen eines Unfalles oder einer Krankheit nicht mehr arbeiten können, erhalten eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit;
- die Gesetzliche Rentenversicherung, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer während des Berufslebens gemeinsam Beiträge einzahlen, gewährt im Alter eine Rente, die ein finanziell sorgenfreies Leben ermöglicht;
- das Arbeitsrecht, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Arbeitnehmers schützen ihn vor Willkür und eröffnen ihm die Möglichkeit, seine Arbeitsbedingungen und Arbeitsabläufe im Betrieb mitzugestalten und auf unternehmerische Entscheidungen Einfluß zu nehmen;
- der gesetzliche Arbeitsschutz garantiert einen humanen Arbeitsplatz und trägt dazu bei, das Leben und die Gesundheit der Menschen nicht zu gefährden.

Die Rentner in der Bundesrepublik Deutschland erhalten eine Rente, die ein sorgenfreies Leben ermöglicht.

- Ein Rentner, der 45 Versicherungsjahre Beiträge zur Rentenversicherung geleistet und durchschnittlich verdient hat, erhält zur Zeit eine Rente von 1 727 DM. Diese Rente wird jährlich der Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt.
- Die Gesetzliche Krankenversicherung bietet den Rentnern eine optimale Versorgung im Krankheitsfall.
- Die Gesetzliche Krankenversicherung bietet finanzielle Hilfen bei häuslicher Versorgung im Falle der Pflegebedürftigkeit.
- Die alten Menschen erhalten vielerlei Unterstützungsmaßnahmen durch ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen, modernen Alten- und Pflegeheimen. Diese reichen von „Essen auf Rädern" bis hin zur Unterstützung der häuslichen Pflege.
- Für alte Menschen gibt es eine Vielzahl von staatlich geförderten Freizeit-, Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die Familie und Kinder werden in der Bundesrepublik Deutschland großgeschrieben. Es gibt eine ganze Reihe von Familien-, Kinder- und Jugendhilfen:

- Kindergeld für jedes Kind,
- Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld,
- Steuervorteile für Familien,
- Kindererziehungszeiten im Rentenrecht,
- Baukindergeld, mit dem der Staat Familien beim Hausbau hilft,
- Hilfen für alleinerziehende Eltern,
- ein flächendeckendes Netz von staatlichen, kirchlichen und freien Kindergärten,
- erwerbstätige Frauen, die ein Kind erwarten, unterliegen dem Mutterschutz.





Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik (Foto links Automontage) sind durch eine Reihe von Sozial- und Arbeitsgesetzen vor den Risiken des Arbeitslebens geschützt. Außerdem sorgt eine umfangreiche Familiengesetzgebung dafür, daß Ehepaare mit Kindern besonders unterstützt werden. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub erlauben der Mutter (oder dem Vater), in den wichtigen ersten Monaten des Kindes ohne Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes zu Hause bleiben zu können.

Bernhard Hölscher, Betriebsratsvorsitzender aus Nordrhein-Westfalen:

Wie das bei uns so läuft...

„Keine Angst vor der Sozialen Marktwirtschaft!" Das sagt Bernhard Hölscher aus Nordrhein-Westfalen allen Arbeitnehmern in der DDR. Der 53jährige Maurer ist Vorsitzender des Betriebsrates in einem mittelständischen Bauunternehmen. „Bei uns sind alle Gehälter tariflich vereinbart. Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen handeln die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern aus."

Wie sicher sind die Arbeitsplätze in der Sozialen Marktwirtschaft? „Nun, bei uns ist es nicht so, daß Leute mitgeschleppt werden, die dauernd blau machen oder ihre Arbeit schlampig verrichten. Wer sich aber nichts zu schulden kommen läßt, kann nicht so einfach auf die Straße gesetzt werden. Grundsätzlich gilt: Je länger die Betriebszugehörigkeit, desto größer der Kündigungsschutz. Und: Bei jeder Entlassung hat der Betriebsrat als die Vertretung der Arbeitnehmer ein Wörtchen mitzureden." Dabei werde besonders die soziale Situation des Betroffenen berücksichtigt. Ein behinderter Kollege könne übrigens gar nicht gekündigt werden, es sei denn, der Arbeitgeber suche vorher eine neue, gleichwertige Stelle für ihn.

Arbeitnehmervertretungen sind wichtige Einrichtungen. Für die Soziale Marktwirtschaft seien sie genauso wichtig wie das freie Unternehmertum. „Das eine gehört zum anderen", sagt Betriebsrat Hölscher, „Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten partnerschaftlich zusammenarbeiten. Davon profitieren beide Seiten am meisten."

So müssen unsere Mieter geschützt werden

Was wird aus den Wohnungen und den Mietpreisen, wenn die Soziale Marktwirtschaft bei uns eingeführt wird? Diese Fragen und Sorgen unserer Bürger hat der West-Berliner CDU-Vorsitzende, Eberhard Diepgen aufgegriffen und angeregt, bei uns ein Mieterschutzgesetz einzuführen, wie es bereits in der Bundesrepublik in Kraft ist. Diepgens Vorschläge:

- Einem vertragstreuen Mieter darf grundsätzlich nicht gekündigt werden.

Das gilt auch, wenn der Eigentümer der Wohnung wechselt.

- Erhöhungen der Mieten sollen wie in der Bundesrepublik begrenzt werden.

Wohngeld für die schwächeren Mieter

- Anstatt die Wohnungen zu subventionieren, sollen die Mieter subventioniert werden.

Das bedeutet die Einführung eines Wohngelds, mit dem einkommensschwächere Mieter unterstützt werden.

Ganz besonders wichtig für alle, die in der DDR Grund und Boden erworben und bebaut haben: Diepgen regt an, daß es eine „Garantie für gutgläubige Erwerber von Grundstücken und Häusern gibt". Um Spekulationen mit Grundstücken, Häusern, und Wohnungen zu verhindern, sollen die Gewinne hoch versteuert werden.



Wohnungen im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg: Einkommensschwächere Mieter brauchen in der DDR keine Schwierigkeiten zu befürchten.

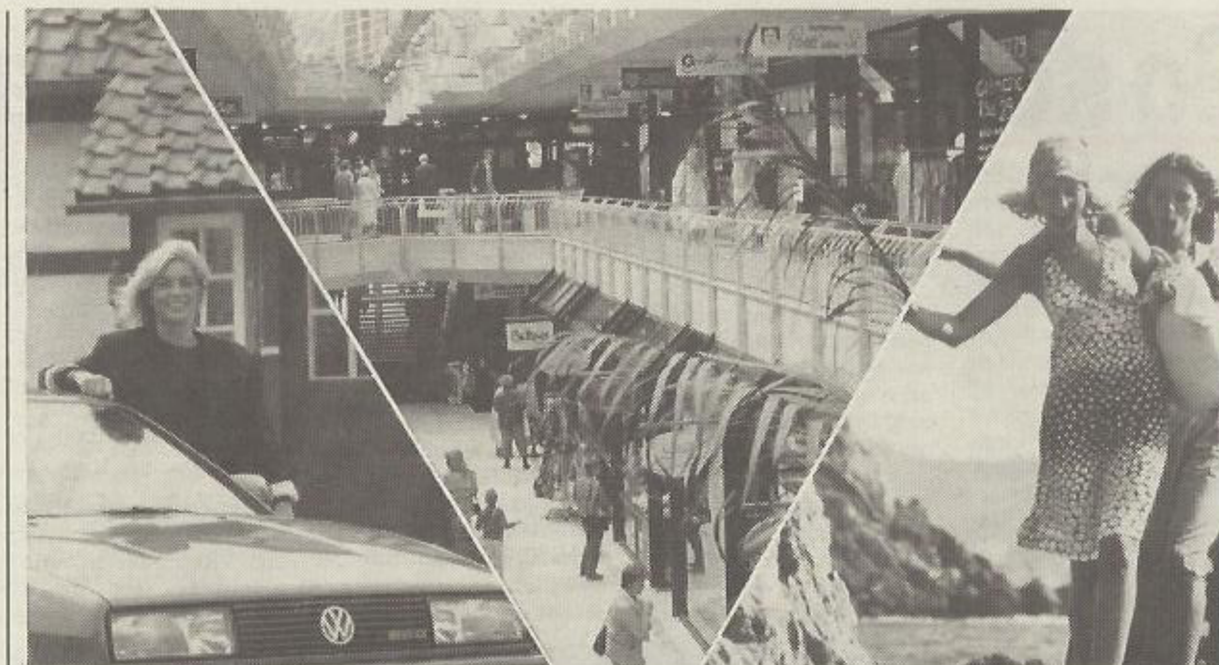
Gysi und Genossen schüren die Angst – Durchschauen Sie die Absicht!

Wer es nicht verwinden kann, daß das Volk ihn abgerufen hat,der versucht natürlich mit allen Tricks soviel wie möglich von der alten Macht zu behalten. Die schrumpfende SED/PDS übt sich täglich in dieser vergeblichen Kunst. Die bevorzugte Leier klingt dann immer wieder nach der alten Angstmelodie: Die bösen Kapitalisten wollen uns ihrem noch böseren System „anschließen" und machen uns dabei arm. An vorderster Front in diesem miesen Gruselstück: PDS-Vorsitzender Gysi und seine Genossen in den alten SED-Zeitungen, die keine Gelegenheit auslassen,Horrorbilder von Massenarbeitslosigkeit und Hofsterben, galoppierenden Preisen und abgewerteten Summen auf den Sparbüchern zu malen. Wenn Gysi sagt, ein „schneller Anschluß zum Nulltarif" würde „auf dem Rücken der sozial Schwachen" ausgetragen,so ist das an Niedertracht kaum zu überbieten.Ausgerechnet die PDS-SED, deren korrupte Funktionärskaste den kleinen Mann ausgebeutet hat und immer noch ausbeutet,spielt sich jetzt als Anwalt der Schwachen auf.

Allein die Millionen, die die SED jetzt ihren „abgehenden Mitarbeitern" für ein Jahr als Überbrückungsgelder zahlen kann, verdeutlichen, wie „kapitalistisch" die SED für ihre eigenen Zwecke gewirtschaftet hat.

Im übrigen ist allein die SED schließlich für den maroden Zustand der DDR-Wirtschaft zuständig.

Was wir wollen: Freiheit und Wohlstand



Auto, Einkauf und Urlaub sind nicht alles im Leben – aber wir wollen endlich einen Lebensstandard, der uns diese Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigt. Dann haben wir auch mehr Zeit, über die wesentlichen Dinge des Lebens nachzudenken und zu reden.

Am Tag, als die Mauer fiel: für uns in der DDR ist damit auch ein Lügengebäude zusammengebrochen. Wir haben alle mit eigenen Augen den angeblich so elenden Westen sehen können. Die meisten von uns haben ja auch nur geguckt und gestaunt.

Daß die offizielle SED-Propaganda eine Lüge war, haben wir gewußt aus dem Westfernsehen. Doch daß die materielle Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten so groß ist, hätten wir nicht gedacht.



Wir wollen moderne sichere Arbeitsplätze unter humanen Bedingungen,vor allem auch für Frauen.

Die Parteien der „Allianz für Deutschland" treten ein für drei Ziele: die Einheit Deutschlands, die Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand für alle.

● **Die sozialistischen Strukturen müssen endgültig beseitigt werden.**

Es muß Schluß sein mit halbherzigen Veränderungen und den ständigen Versuchen der SED, über 49 Prozent-Regelungen die Macht zu behalten.

Dazu muß unser Staat in allen Bereichen – Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Medien – neu aufgebaut werden. Wir wollen nicht, daß diejenigen, die vorher bei den Sozialisten in erster Reihe standen, nun in unserer Demokratie weiter den Ton angeben.

● **Wir wollen auch in den Schulen die Veränderung.** Die Einheitsschule muß weg. Und auch die sozialistische Propaganda der Lehrer muß endlich aufhören.

● **Wir wollen, daß alle reisen können** und auch die nötigen Mittel dafür haben. Wir wollen, daß alle die Welt entdecken können.

Freie Initiative

● **Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft:** Wir wollen Arbeitsplätze, an denen produziert wird, was die Menschen in unserem Land brauchen und was sie haben wollen. Die Bürokratie muß weg. Wir setzen zu hundert Prozent auf die freie Initiative der Wirtschaft.

● **Wir brauchen sichere Arbeitsplätze:** Wir wissen, daß nur die neue Wirtschaftsordnung sie uns verschaffen kann. Wir müssen staatliche Vorsorge treffen, bis unsere Wirtschaft auf die neue Ordnung umgestellt ist.

● **Wir wollen die Einheit Deutschlands.** Die nötigen Schritte dafür müssen eingeleitet werden.

● **Wir wollen ein neues Recht,** Gewaltenteilung und föderale, dezentralisierte Strukturen. Die Eigenverantwortung des Einzelnen – auch für die Gesellschaft – muß nach Jahrzehnten kollektivistischen Mißbrauchs wieder aufgebaut werden. Der „Rückzug ins Private" muß zu Ende sein: Der Blick geht nach vorn. Die Parteien der „Allianz für Deutschland" geben Hoffnung für eine bessere Zukunft.

Verdienen wie im Westen

Zum Beispiel Chemieindustrie

DDR: das Durchschnittseinkommen lag im Jahr 1988 bei 1326 Mark brutto im Monat. So gibt es das Statistische Jahrbuch an. **Bundesrepublik:** bei der BASF in Ludwigshafen bekommt ein Chemiefacharbeiter mit zwei Kindern 3000 DM netto pro Monat und das 13 Mal im Jahr. Dazu: 30 Tage Urlaub. Er arbeitet 39 Stunden pro Woche.

Zum Beispiel Fahrzeugbau

DDR: Das durchschnittliche Brutto-Einkommen liegt laut Statistischem Jahrbuch bei 1316 Mark. **Bundesrepublik:** Ein Arbeiter im Automobil-Bau bei Daimler-Benz in Sindelfingen verdient 2800 DM netto. Zu Weihnachten und zum Urlaub gibt es je 1400 DM extra. Er arbeitet 37,5 Stunden pro Woche.

Zum Beispiel Textilindustrie

DDR: 1195 Mark gibt das Statistische Jahrbuch als durchschnittlichen Brutto-Lohn an. **Bundesrepublik:** ein Arbeiter verdient durchschnittlich 2100 DM netto und ist 39 Stunden pro Woche im Dienst.

Was wir nie mehr wollen: Überwachung und Schlange-Stehen



Ein Dokument aus den Oktobertagen des vergangenen Jahres. Im dpa-Text zu diesem Foto heißt es: „Am Rande der offiziellen Feierlichkeiten am 7. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der Republikgründung bildete sich am Samstag in Ost-Berlin ein Protestzug. Die meist jugendlichen Demonstranten marschierten unter Rufen wie „Gorbi, Gorbi" und „Freiheit, Freiheit" zum Palast der Republik. Volkspolizei und zivile Beamte der Staatssicherheit gingen zum Teil massiv gegen die Demonstranten und westliche Berichterstatter vor."

Überwachung der ganzen Bevölkerung durch neue Sicherheitsdienste.

★★★

Gleichschaltung der öffentlichen Meinung durch eine Einheitspartei und neue Meinungsmonopole.

★★★

Mitleser bei der Post und Mithörer am Telefon. Selbstzensur beim Reden.

★★★

Angst haben müssen, wenn man von seinen staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch macht.

★★★

Zentrale Planwirtschaft und Schlangestehen.

Durch die halbe DDR fahren zu müssen, um einen bestimmten Artikel kaufen zu können, den es zu Hause nicht gibt.

★★★

Auf Beziehungen angewiesen zu sein, um Selbstverständlichkeiten zu bekommen.

★★★

Am Arbeitsplatz nicht weiterarbeiten zu können, weil das Material ausgegangen ist.

★★★

Schmiergelder für Dienstleistungen zahlen zu müssen.

★★★

Etwas anderes sagen zu müssen, als man denkt.

Kinder zur Heuchelei erziehen.

★★★

„Freiwilligen Zwang" bei Eintritt in Organisationen und Parteien, bei Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen.

★★★

Gleichgeschaltete Presse und Kultur, Herrschaft von Funktionären und Bürokraten über unser Leben.

★★★

An Paraden teilnehmen und Menschen bejubeln zu müssen.



Selbst nach Waffeln muß angestanden werden wie hier vor dem „Waffel-Shop" in der Leipziger Innenstadt.

Nie wieder Sozialismus

Die Tragik unseres Landes besteht in einer Kette negativer Ereignisse. Wir sind von einer Diktatur in die andere geraten. Mit dem Ziel, ein neues Deutschland aufzubauen, sind wir angetreten.

Wir haben die Trümmer des Krieges beseitigt und wollten ganz von vorn beginnen. Kraft und Zeit haben wir für diese bessere Zukunft eingesetzt, ohne sie letztlich zu erreichen.

Viele von uns sind darüber alt geworden, zerbrochen oder weggegangen. Andere haben sich resigniert in ihre vier Wände zurückgezogen.

Jeder wußte: Das war nicht das Leben, das man sich erträumt hatte. Die Kluft zwischen Utopie und Wirklichkeit wurde immer deutlicher. Das Modell des Sozialismus war gescheitert.

Um das zu verheimlichen, mauerte man uns ein, denn auf deutschem Boden neben uns trug ein anderes Konzept bereits vielfach Früchte. Über Jahre hinweg wurde uns die Welt außerhalb unseres Gefängnisses madig gemacht. Die Kinder lernten in den Lehrbüchern einen Klassenfeind kennen, den sie nie zu Gesicht bekommen sollten.

Jahrelang wurde uns Erwachsenen die Angst vor Arbeitslosigkeit, Ausgeliefertsein und sozialer Unsicherheit suggeriert. Auch wenn wir uns gegen solche Einseitigkeiten wehrten, sind die vergangenen 40 Jahre nicht spurlos an uns vorübergegangen. Unser Mißtrauen ist verständlich.

Was wir bisher kannten, war nicht das Leben

Nach dem Fall der Mauer kommen wir uns hilflos und ungeschützt vor. Wir merken: was wir bisher kannten, war nicht das Leben. Selbst Initiative zu ergreifen, galt als verdächtig. Richtig zu arbeiten, zahlte sich nicht wirklich aus. Wie oft schien jegliche Mühe umsonst. Und erst jetzt wird so recht deutlich: Das ganze soziale System stand auf wackeligen Füßen, denn hinter den sozialen Leistungen eines Staates muß eine gute Wirtschaft stehen.

Ein Konzept, das fragt: Was braucht der Mensch? Was kann er leisten? Wie kann er das am besten erreichen? Ein Modell der Sozialen Marktwirtschaft berücksichtigt all diese Komponenten. Es ist dem Menschen mit seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten voll auf den Leib geschneidert.

Wir haben es nicht gekannt. Es wurde uns verschwiegen oder als menschenfeindlich dargestellt.

Doch nun liegen die Fakten auf dem Tisch: Die Bundesregierung gab allein im Jahr 1989 die Summe von 682 Milliarden DM für Sozialleistungen aus. Das sind pro Kopf 10 740 DM.

Der Nettolohn eines Arbeiters lag 1988 im Durchschnitt bei 2 195 DM, und ein Rentner erhält monatlich im Durchschnitt 1 436,60 DM.

Vergleichen Sie die Kaufkraft unseres Geldes und die Qualität unserer sozialen Betreuung, so ergibt sich eine fast unüberbrückbar scheinende Differenz, um die Sie betrogen wurden.

Dieses Experiment, für das man Sie mißbraucht hat, Sozialismus zu nennen und Sie dafür hinter Mauer und Stacheldraht gehalten zu haben, war nicht nur ein Spiel mit Ihrer Gutgläubigkeit, sondern ein Verbrechen um jedes Jahr Ihres Lebens.

Die Parteien der Allianz (DA, DSU und CDU) setzen sich dafür ein, daß der Sozialismus so schnell wie möglich durch die Soziale Marktwirtschaft ersetzt wird. Dabei darf es keine Kompromisse geben. Wir stehen dafür ein, daß das Wort „sozial" den gleichen Stellenwert behält wie der Begriff „Marktwirtschaft".

Wie der FDGB West-Unternehmen abschreckt

Der „freie" Deutsche Gewerkschaftsbund FDGB will uns – rechtzeitig zum Abschied der SED von der Macht – noch ein dickes Ei ins Nest legen:

Die SED-„Gewerkschaften" haben sich ein Mitbestimmungsgesetz zusammengebastelt. Sie haben sich ausbedungen, „über ihre Leitungen bei allen Personalangelegenheiten" mitzuwirken und mitzuentscheiden.

Vom SED-Staat zum FDGB-Staat?

Außerdem wollen sie wie gehabt „zu allen Fragen und Lebensbedingungen der Werktätigen" eigene Gesetzentwürfe „auf allen Ebenen der Volksvertretung einbringen".

Damit uns die gewerkschaftliche Bevormundung auch weiterhin nicht erspart bleibt, haben sie in ihren Gesetzentwurf geschrieben: „Gesetze und andere Rechtsvorschriften zu den Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, wie Entlohnung, Sozial- und Rentenrecht, Preise, Besteuerung, Arbeits- und Gesundheitsschutz ... bedürfen der gewerkschaftlichen Mitbestimmung (Vetorecht)".

Das bedeutet den nahtlosen Übergang des Landes vom SED-Staat zum Gewerkschaftsstaat.

Eines ist klar: der FDGB will seine Macht, die er über die Arbeiter hatte, nicht abgeben. Und er will nicht, daß unsere Wirtschaftsstruktur sich verändert: Sozialistische Mangelwirtschaft und Niedriglöhne sollen weiter an der Tagesordnung bleiben.

Nur: die Strukturen, die dieses Gesetz schafft, würden gerade die abschrecken, die wir für den Aufbau unseres Landes brauchen: die privatwirtschaftlichen Unternehmer. Sie haben den Gesetzentwurf bereits als „Haupthindernis für Investitionen in der DDR" bezeichnet und halten sich dementsprechend zurück.

...auch nicht durch die Hintertür

Viele sagen, der Sozialismus sei nun tot. Doch wir mahnen zur Vorsicht. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß sich der Sozialismus neu formieren will. Wer dabei auch immer die treibende Kraft ist, sei dahingestellt. Halten wir uns an die Fakten.

Die alte SED versucht im Gewand der PDS ihre alte Schuld vergessen zu machen. Als Wolf im Schafspelz sucht sie nach Verbündeten für ihren „demokratischen Sozialismus", vor allem bei der neu gegründeten SPD.

Neues Deutschland/6. Februar 1990
Karikatur: Klaus Arndt



Mit welchen Buchstaben hat du denn angefangen?

Das Doppelspiel der SPD West: Sie stellt sich uns in der DDR so dar, als sei sie immer eine Vorkämpferin für die Einheit und die Soziale Marktwirtschaft gewesen. Das Gegenteil ist der Fall. Zum Sozialismus sagte SPD-Spitzenkandidat Lafontaine bei der Verabschiedung des Grundsatzprogramms, der demokratische Sozialismus sei ein erstrebenswertes Ziel.

Und zur Einheit hatte die SPD bereits vor Jahren entschieden, sie auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Brandt nannte die Wiedervereinigung eine „Lebenslüge" der deutschen Geschichte.

Bahr nannte den Anspruch auf deutsche Einheit „politische Umweltverschmutzung".

Berlins Regierender Bürgermeister Momper setzte sich für „fortdauernde Zweistaatlichkeit" ein und wandte sich gegen „Wiedervereinigungsgequatsche".

Die SPD in der DDR serviert alle diese SPD-Politiker aus dem Westen als Vorkämpfer der deutschen Einheit, auch Lafontaine, der noch vor wenigen Wochen forderte, wer aus der DDR komme, solle sich gefälligst vorher Wohnung und Arbeitsplatz besorgen.

Mehr noch: Lafontaine, kürzlich noch ein Meister in der Umschmeichelung von Honecker und Krenz, wollte die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter für Menschenrechtsverletzungen in der DDR abschaffen – jene rechtsstaatlich orientierte Institution, die jetzt in zunehmendem Maße von demokratisch gesinnten Staatsanwälten in unseren Bezirken in Anspruch genommen wird, weil in Salzgitter und nicht bei uns Unterlagen über Menschenrechtsverletzungen gesammelt worden sind. Aber Lafontaine wollte Salzgitter abschaffen und war sich des Beifalls von Honecker sicher und gewiß jetzt auch noch der SED/PDS-Stasitruppe.

Landwirtschaft: Der Plan muß weg

Veraltete Technik, fehlende Ersatzteile, Lager- und Transportprobleme, Schwierigkeiten bei der Vermarktung, Monokulturen, Industrialisierung der Landwirtschaft und Umweltprobleme – das sind Stichworte aus einer Problemliste, die unsere Landwirtschaftsexperten erstellt haben.

Es ist ganz offensichtlich, daß landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik wirtschaftlicher sind und bessere Erträge bringen. Die Ursache:

Landwirte dort haben mehr Freiheit, selbst zu entscheiden, was sie produzieren und wie sie ihre Betriebe organisieren wollen.

Nicht die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften müssen abgeschafft werden und schon gar nicht Vorteile wie feste Arbeitszeiten, ein geregelter Feierabend und feste Urlaubszeiten. Aber die starre Planwirtschaft muß weg. Daneben müssen aber auch neue Formen entstehen: private Genossenschaften, die gemeinsam einkaufen oder gemeinsam ihre Produkte absetzen. Zu einem freien Land gehören freie Bürger, freie Bauern und Vielfalt. Die sozialistische Gleichschrittgesellschaft hat keine Zukunft. Die Zukunft gehört der Freiheit.

Die Kumpanei zwischen SPD und SED

Heute mag keiner mehr in der SPD West und Ost davon sprechen: Zusammen mit der SED hat die West-SPD 1987 eine gemeinsame „Grundwerte-Erklärung" verabschiedet. „Systemöffnenden Dialog" nannten sie die Forderung nach einem „Wettstreit der Systeme".

„Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, stimmen darin überein ...", heißt es in dem Papier, auf das die West-SPD so stolz war. Und keiner sprach von der Stasi oder der Mangelwirtschaft.

In dem Grundwertepapier kommt das Wort „Freiheit" nur ein einziges Mal vor. Dafür heißt es dort u.a.:

„Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen."

Und:

„Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft."

Der totalitär-kommunistische Charakter der SED wurde von SPD-Politikern verdrängt. Berlins Regierender Bürgermeister Momper meinte, als Honecker noch an der Macht war, die **SED** weise genug **„sozialdemokratische Elemente"** auf. Und trotz Stasi vertrat Momper die Auffassung:

„Auch teilweise ist die Liberalität in der Gesellschaft größer, als bei uns so allgemein die Vorstellung ist."

Freilich: Die nach dem friedlichen Umbruch unvermeidlich gewordene SPD/SED-Funkstille währte nicht lange, genauer gesagt: Nicht einmal 5 Monate:

So hat sich etwa die Kölner SPD für eine Fortsetzung der Gespräche und Kontakte „mit allen gesellschaftlichen Kräften in der DDR" ausgesprochen und dabei ausdrücklich die SED miteinbezogen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges sieht keine Veranlassung, sich von der mit der SED „erfolgreich geführten Zusammenarbeit zu distanzieren."

„Wir bauen unser Land wieder auf"

Schulungen durch westdeutsche Fachleute wäre die beste Hilfe

„‚Haben wir leider nicht!' – Wie ich das hasse. Hundert mal am Tag muß man dem Kunden sagen: ‚Das haben wir leider nicht.'" Dirk Hildesheimer ist Leiter einer Verkaufsstelle des VEB IFA in Ludwigslust. Ersatzteile für Trabbis, Schrauben, Ventile. Seit drei Jahren steht er hier hinter dem Ladentisch.

Seit drei Jahren ärgert er sich über die gleichen Probleme: „Wir sollen Umsatz machen, aber womit?

Umsatz machen womit?

Alles, was die Kunden kaufen möchten, haben wir nicht. So macht Verkaufen keinen Spaß", sagt der 35jährige. Dirk Hildesheimer hofft, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem 18. März grundlegend ändern.

„Wenn die freie Marktwirtschaft eingeführt wird, mache ich mich selbständig. Ein eigener kleiner Laden für Kfz-Ersatzteile, das wäre mein Traum, frei einkaufen, die Preise frei kalkulieren und die Ware dort beziehen, wo ich mit kurzen Lieferfristen gute Qualität zu einem angemessenen Preis bekomme."

Dirk weiß, wovon er spricht. Er hat sich in den vergangenen Wochen in bundesdeutschen Einzelhandelsgeschäften umgesehen und sich über die innerbetrieblichen Abläufe informiert.

„Blauäugig bin ich nicht mehr. Ich weiß, daß ich von Tuten und Blasen keine Ahnung habe, aber ich weiß auch, daß man alles lernen kann. Wenn wir Gelegenheit hätten, an Schulungen durch westdeutsche Fachleute teilzunehmen, das wäre die beste Wirtschaftshilfe."



Will sich bei Einführung der Sozialen Marktwirtschaft selbständig machen: Dirk Hildesheimer in Ludwigslust.

Schicke Kleider zu vernünftigen Preisen

„Manchmal stehen die Kundinnen schon drei Stunden vor Geschäftsöffnung Schlange, denn bei mir gibt es schicke Kleider zu vernünftigen Preisen"; Monika Burger, gelernte Maßschneiderin, verkauft in ihrer „Kleiderwerkstatt" in Berlin Damenbekleidung aus eigener Schneiderei. Die Stoffe kauft sie im Großhandel, oftmals muß sie wochenlang auf Ware warten.

Mit Knöpfen und Reißverschlüssen ist es noch schwieriger, die sind nur mit größter Mühe hier und da aufzutreiben. Aber das Schwierigste für die ehrgeizige Unternehmerin ist der Behördenkrieg: Die Preise für ihre Kleider werden vom Staat vorgeschrieben, und zwar so, daß Monika Burger nie mehr als 5 Mark pro Stunde verdienen kann.

Trotzdem möchten sie und ihr Mann Diether, der mit ihr hinter dem Ladentisch steht, die Selbständigkeit nicht aufgeben: „Wir wollen nicht den Zwängen eines VEB ausgesetzt sein, auch wenn wir selbständige Handwerker die Stiefkinder des Sozialismus sind", sagt Monika Burger. Sie näht auch an Sonn- und Feiertagen, oft steht sie schon morgens um 5 Uhr auf.



„Ich liebe meinen Beruf und ich liebe Berlin. Ich möchte hierbleiben": Monika Burger.

Wie die meisten Menschen in der DDR ist Monika Burger zuversichtlich, daß sich ihre Situation bald ändert: „Daß ich keinen Antrag mehr stellen muß, wenn ich einen Herrenanzug schneidern und verkaufen möchte, daß wir bessere Stoffe bekommen können, daß sich die Preise für meine Kleider an Angebot und Nachfrage orientieren, das wünsche ich mir. Ich liebe meinen Beruf und ich liebe Berlin. Ich möchte hier bleiben und hier arbeiten – unter Bedingungen, die Arbeit lohnenswert machen."

Modeinstitut fürchtet West-Konkurrenz nicht

Alfred Marquardt, Sprecher des Modeinstituts der DDR, fürchtet die Zukunft nicht: „Wir haben mit unserer letzten Kollektion gezeigt, daß wir ein hohes Kreativitätspotential haben". Das Institut, das Modetrends aufspürt und Prototypen an die Fertigungen in den VEBs liefert, arbeitet immer enger mit Westunternehmen zusammen. „Ich habe überhaupt keine Angst, daß wir untergebuttert werden", sagt Marquardt und betont, daß das Modeinstitut mit seinen Ideen konkurrenzfähig sei. Da, wo Nachholbedarf bestehe, bei der Betriebswirtschaft, lägen bereits viele seriöse Angebote aus dem Westen vor, „die uns wirklich helfen wollen".

Marquardt: „Unser sogenanntes Kapitalismus-Bild entspricht nicht der Wirklichkeit".



Unser Foto zeigt eine Kreation des Mode-Instituts für den Sommer.

Wir wollen unsere Eisdiele ausbauen

„Drei Jahre haben wir auf die Gewerbeerlaubnis gewartet. 1987 konnten wir dann unsere Eisdiele eröffnen. 1988 haben wir es schon bereut, denn der Staat frißt uns auf durch Steuern und Vorschriften. Und dann die Materialbeschaffung. Einer von uns ist ständig auf Achse, um die Zutaten für unser Eis zu organisieren."

Die Eisdiele von Jörg-Peter und Karin Wehmeyer in Berlin-Johannisthal läuft bombig.

Trotzdem kann das Ehepaar von dem, was der Staat ihnen als Eigenverdienst zubilligt, kaum leben. Karin Wehmeyer darf als mitarbeitende Ehefrau nicht mehr als 300 Mark verdienen, obwohl sie von früh bis spät im Lokal steht. „Wir schuften und schuften, wofür?" fragen sich die beiden.

„Bei uns Kleinen wird abkassiert und die großen staatseigenen Betriebe machen Millionenverluste." Die Wehmeyers hoffen, daß das jetzt anders wird. „Wir brauchen die freie Marktwirtschaft, damit unser Staat wieder auf die Beine kommt und damit sich die Arbeit für jeden von uns lohnt."

Wenn sich nach der Wahl die Bedingungen für kleine Unternehmen verbessern, will das Ehepaar investieren: moderne Maschinen und schickes Geschirr sollen angeschafft werden." Und wenn für uns mehr übrigbleibt, könnten wir auch unsere Mitarbeiter besser bezahlen. Der Kellner verdient jetzt 2,60 Mark pro Stunde."

Eine Wahlentscheidung haben Karin und Jörg-Peter Wehmeyer noch nicht getroffen: „An der SPD stört uns, daß dort so viele ehemalige SED-Mitglieder mitmischen. Und von denen haben wir die Nase gestrichen voll."



Investieren will das Ehepaar Jörg-Peter und Karin Wehmeyer aus Berlin-Johannisthal, wenn sich die Bedingungen nach der Wahl verbessern.

Laubbaum			Ausruf		Modetanz	Vernunft, Einsicht		foppen, hänseln		Teil des Zahnes	med.: tödlich			Fischfett
Sprengstoff				1										Kleiner Junge (Kosewort)
9			Tal in Piemont		Getreidefruchtstand				3		Karteikartenkennzeichen			
persönliches Fürwort		ein Erdteil		4				Figur in ‚Martha'		Sportboot			10	
7			12		Kartenglücksspiel		Bodendunst					13	Stadt mit ‚Porta Nigra'	
Sammelstelle, Lager	Freßschale, kleine Schüssel	westgriech. Stadt		Sportpreis			14			Hauptstadt Norwegens	Ozean	Zeichen für Titan		5
Staatsvolk				2			englisch: eins		Figur in ‚Abu Hassan'					Ansiedlung
				Initialen d. Komp. Haydn		männl. Haustier						Abk.: siehe oben		
Gewicht der Verpackung		Kurzform v.: Johanna				6			Bücherfreund					®
Spur			8					äußerer Stadtteil	11				jk15101-4	01-6782

Gewinnen Sie eine Reise nach Straßburg

Bei richtiger Lösung des Kreuzworträtsels ergeben die Buchstaben mit Ziffern in numerischer Reihenfolge den Leitgedanken deutscher Zukunft.
Schreiben Sie diesen Satz auf und senden ihn ein. Dann nehmen Sie – unter Ausschluß des Rechtsweges – an der Verlosung von drei Reisen für je zwei Personen zu einem Besuch für zwei Tage in Straßburg teil.

Lösungswort:

....

....
Name

....
Straße

....
Wohnort

Bitte einsenden an
Allianz für Deutschland
Marienburger Straße 12 – 13
1050 Berlin

Mittelstand hilft

In der Wirtschaft der Bundesrepublik sind mittelständische Unternehmer nicht mehr wegzudenken. Sie beschäftigen mehr Menschen als die großen Konzerne.

Die Mittelstandsvereinigung der Bundesrepublik will deshalb auch der DDR helfen, einen Mittelstand aufzubauen. Sie bietet allen, die sich selbständig machen wollen, Rat und Hilfe an.

Das Büro ist wochentags von 10 bis 13 Uhr geöffnet.

Mittelstands-Büro Berlin, Hardenbergstr. 20, 1000 Berlin 12, Telefon aus der DDR: 8 49/3 12 20 76/77/78



Die älteren Mitbürger wie dieses Ehepaar auf seinem Balkon in der Schönhauser Allee in Berlin – Prenzlauer Berg haben ein Anrecht auf einen gesicherten Lebensabend. Bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR braucht kein Rentner Sorge um seine Rente und sein Erspartes zu haben.

Warum die Rentner keine Sorgen zu haben brauchen

Es ist verständlich, daß sich viele unter uns Gedanken machen, wie es ihnen ganz persönlich in einem vereinten Deutschland gehen wird. Vor allem die älteren Menschen, die schon genug vom Schicksal gebeutelt worden sind, haben ihre Sorgen.

Die Sicherheitsgarantie gegen solche Sorgen heißt: Soziale Marktwirtschaft. Nicht ohne Grund blicken wir auf die Bundesrepublik, wo das System der Sozialen Marktwirtschaft in Stetigkeit dafür sorgt, daß es auch sozial sicher und gerecht zugeht.

Dafür sprechen die ganzen Jahre vom Wiederaufbau nach dem Krieg bis heute, dafür spricht vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl, der in den letzten acht Jahren für wirtschaftliche und soziale Stabilität ohnegleichen in der Bundesrepublik gesorgt hat.

Wenn alle Welt die Bundesdeutschen um diesen Wohlstand für alle beneidet, wenn sogar Gorbatschow seine Leute in die Bundesrepublik schickt, damit sie die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft lernen, warum sollen wir dieses System nicht bei uns übernehmen?

Im übrigen: Wir denken, daß wir uns auf das Wort von Helmut Kohl verlassen können. Denn seine Regierung kann mit Geld, mit dem Geld der Steuerzahler, umgehen, was man von den Sozialisten und Sozialdemokraten wahrlich nicht sagen kann.

In seiner Regierungserklärung sagte Bundeskanzler Kohl zu diesem Punkt:

Unser materieller Wohlstand ist einer der höchsten, unser soziales Sicherungsnetz eines der dichtesten in der Welt.

Für die meisten Bürger in der Bundesrepublik Deutschland ist dies mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden.

Nicht so für unsere Landsleute in der DDR. Sie machen sich Gedanken, ob sie der Weg einer Währungs-Union und einer Wirtschaftsgemeinschaft nicht ins soziale Abseits drängen könnte.

Ich nehme die Sorgen, die sich gerade ältere oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitbürger machen, sehr ernst. Ich kann den Bürgern in der DDR jedoch versichern: Soziale Marktwirtschaft bedeutet auch immer sozialen Ausgleich.

Es ist unser Ziel, daß es auch bald zu einer sozialen Gemeinschaft kommt. Um dies zu erreichen, ist die Bundesregierung bereit, sofort beim Aufbau einer modernen Arbeits- und Sozialordnung mitzuwirken.

Umfangreiche Krankenversorgung im Westen

Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland bietet Kranken eine optimale Versorgung:

● Jeder Arbeitnehmer ist krankenversichert, entweder in der Gesetzlichen Krankenversicherung oder aber – wer mit seinem Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze liegt – in einer privaten Krankenversicherung.

● Die Krankenversicherung trägt die finanziellen Folgen, die durch Krankheit oder Schwangerschaft verursacht werden. Versichert ist nicht nur der Arbeitnehmer, sondern auch seine Kinder und sein Ehepartner, sofern dieser nicht selbst versichert ist.

● Die Krankenkasse zahlt die Kosten für Krankenhilfe. Diese umfaßt die Inanspruchnahme der Kassenärzte, die Krankenhausbehandlung, den Bezug von verschriebenen Medikamenten und Hilfs- und Heilmittel. Nur in besonderen Fällen ist eine Eigenbeteiligung erforderlich (z.B. Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz).

● Neben der Krankenhilfe erhält der Arbeitnehmer bei Krankheit auch noch Lohnfortzahlung (in der 1. bis 6. Woche) bzw. Krankengeld (in der 7. bis 78. Woche).

Hilfe in der Not

Allen in Not geratenen Menschen hilft die Sozialhilfe, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Leistungen der Sozialhilfe sind:

- monatliche Geldzahlungen als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt,
- einmalige Beihilfen für Möbel, Kleidungsstücke usw., und zwar immer dann, wenn größere Anschaffungen notwendig sind,
- Hilfen in besonderen Lebenslagen wie die Eingliederungshilfe für Behinderte, Hilfe zur Pflege, Altenhilfe.

Noch herrschen schlimme Zustände, aber jetzt gibt es Hoffnung

Unsere medizinische Versorgung: Regierung Helmut Kohl hilft sofort

Noch ist die Situation im Krankenhaus von Kyritz alarmierend: Seit 50 Jahren wurde nicht mehr renoviert. Jetzt rieselt der Putz von der Decke. Elektroleitungen liegen offen und in der Röntgenabteilung regnet es durchs Dach. Operiert werden kann nur noch in akuten Notfällen.

Aber das soll nun anders werden. Die Bundesregierung gibt uns 500 Millionen Mark für Sofortmaßnahmen im Gesundheitswesen.

Noch klagen die Ärzte in Kyritz, daß sie lange auf Medikamente warten müssen. Doch das soll schon im März anders werden. Die Regierung Helmut Kohl schickt uns Medikamente, die flächendeckend in 37 Depots über das Land verteilt werden und drei Monate lang ausreichen. Weitere Lieferungen sind vorgesehen. Den Medikamentenbedarf hat das Deutsche Rote Kreuz ermittelt.

Noch ist medizinisches Gerät in Kyritz Mangelware. Seit Monaten gibt es nicht einmal mehr Einwegspritzen. Die einzige Hoffnung von Oberarzt Dr. Jürgen Cornely: „Hilfssendungen aus der Bundesrepublik".

Was uns bereits geschickt wurde:

● Verbrauchsmaterial für 40 000 Krankenhausbetten. An 162 Krankenhäuser wurde geliefert. Bis Jahresende sollen alle 600 Krankenhäuser mit 150 000 Betten beliefert sein. Es ist sichergestellt, daß vier Mal im Jahr nachgeliefert wird. Für alle.

● Auch bei medizinisch-technischem Gerät geht es voran: Zuerst sollen kleine Krankenhäuser und Polikliniken beliefert werden. Der Bedarf wird gerade ermittelt.

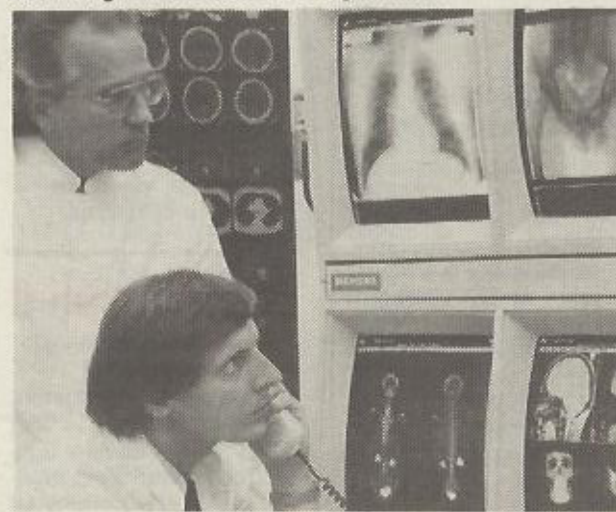
Katastrophaler „Notstand"

Ein großes Problem, nicht nur in Kyritz, ist der Ärztemangel. Dr. Cornely: „Wir hatten immer schon einen akuten Personalmangel, aber seit der Abwanderungswelle erleben wir einen katastrophalen Notstand." Auch das soll sich ändern.

Bislang sind 80 Ärzte aus der Bundesrepublik gekommen. Weitere bereiten sich auf den Einsatz bei uns vor. Den finanziellen Ausgleich zahlt die Bundesregierung.



Die Ärzte in unseren Krankenhäusern,so wie hier auf dem Foto oben im Krankenhaus von Kyritz,haben große Probleme zu bewältigen.Sie können nicht an so modernen Geräten arbeiten wie ihre Kollegen im Westen des Landes (unten). Sie wären schon froh,wenn sie Einwegspritzen hätten. Aber es kommt jetzt eine größere Hilfsaktion der Regierung Helmut Kohl in Gang, die schwierigste Probleme beseitigen hilft.



Aber auch bei uns muß etwas geändert werden. Denn die Krankenschwestern, die geblieben sind, müssen doppelt arbeiten, bekommen aber nur 69 Pfennige pro Überstunde. Da auch viele Pfleger von Alten- und Pflegeheimen weggegangen sind, müssen die Krankenhäuser sich auch noch um mehr Pflegefälle kümmern.

Dem Materialproblem in Alten- und Pflegeheimen will die Bundesregierung jetzt abhelfen. Zur Zeit wird der Materialbedarf in Alten- und Pflegeheimen ermittelt. Danach soll geliefert werden.

Außerdem stellt Bonn bereit:

● Dialysegeräte. Zur Zeit ermittelt das bundesdeutsche Kuratorium für Heimdialyse den Bedarf bei uns.

Erste Gerätelieferung: Ende Februar.

Auch die anderen erforderlichen Materialien kommen aus der Bundesrepublik.

Übrigens: Selbst zur Bedarfsermittlung war bundesdeutsche Hilfe nötig. Unser Ministerium für Gesundheit war dazu nicht in der Lage. Bereits im November 1989 hatte die Bundesrepublik uns Dialysen angeboten, aber erst Anfang Februar 1990 ist unser Ministerium darauf eingegangen.

● Auch in der Rehabilitation hilft Bonn: 150 VW-Busse für einen Behindertenfahrdienst werden geliefert. Außerdem auch noch Rollstühle.

Krankenhäuser können direkt anfordern

Bislang klemmt die Versorgung mit Verbrauchsmaterial noch, weil die Pfleger oft nicht wissen, daß sie Material anfordern können. Alle Krankenhäuser können direkt Material und Arzneimittel aus dem Bonner Topf anfordern.

Das Rote Kreuz wird sie entsprechend informieren.

Abgesehen von der Kommunikation muß bei uns auch noch eines anders werden: Der Kyritzer Assistenzarzt Frank Holländer berichtet, daß Banken aus West-Berlin ein Krankenhaus mit Sanatorium in Kyritz bauen und finanzieren wollten. Bislang hätten sich die zuständigen Funktionäre jedoch nicht entschieden, ob sie das Angebot annehmen...

60 Prozent der Wohnungen sind älter als die DDR

Nur ein Sofortprogramm rettet unsere Städte



Für alle sichtbar und unumgänglich ist die Total-Erneuerung unserer Städte. Angesichts ganzer verfallener Wohn- und Geschäftsviertel stellt sich ohnehin die Frage, ob unsere Städte noch zu retten sind.

Das sind sie, aber nur unter größten Anstrengungen, und nur mit Hilfe eines Sofortprogramms, wie es die Allianz für Deutschland fordert.

Die Kernpunkte sind:

- Ein Abrißstopp, bis wir ein schlüssiges und ausgewogenes Konzept für Erhaltung und Erneuerung der Bausubstanz erarbeitet haben. Wir laufen Gefahr, historische Bausubstanz moderner, gesichtsloser Betonbauweise zu opfern.
- Mittel der Bundesrepublik abrufen und unsere deutschen Partnerstädte in die Sanierung einbeziehen. Wir wollen sie um Know how und um finanzielle Hilfen bitten.
- Die Sanierung darf sich nicht nur auf die Häuser beziehen, sondern muß auch den Tiefbau betreffen. Dringende Erneuerung der Kanalnetze und Straßen nach einem Prioritäten-Katalog.
- Privateigentum mit der Verpflichtung zur Sanierung schaffen und Renovierungen über Steuererleichterungen fördern. Den Ankauf von Altbauwohnungen und historischer Bausubstanz unterstützen.



Nur mit massiver Hilfe aus der Bundesrepublik wird es möglich sein, die total heruntergekommene Bausubstanz zu sanieren. Am Beispiel unserer Städte sieht man am deutlichsten, welche verheerenden Wirkungen der Sozialismus in der DDR gehabt hat und wieviel Aufräumarbeit er hinterläßt.

Sorgenkind Bitterfeld

Blauer Himmel über Bitterfeld: Das ist ein Traum, der wahr werden muß. Luftverschmutzung ist das Umweltproblem Nummer 1 in der DDR. Die Ursache: Braunkohleverbrennung. 80 Prozent des Stroms werden durch die schwefelhaltige Braunkohle erzeugt. Das ergibt über fünf Millionen Tonnen Schwefeldioxyd im Jahr.

In der Bundesrepublik sollen es bis 1993 nur noch eine Million Tonnen pro Jahr sein. Sofortmaßnahmen sind erforderlich: Die Bundesrepublik wird helfen, das Braunkohleveredlungswerk Espenhain zu modernisieren. Das erspart der Umwelt rund 80 000 Tonnen Schwefel pro Jahr. Auch das Heizwerk „Max Reimann" in Leipzig wird mit einer Entschwefelungsanlage ausgestattet.

Das bedeutet 4200 Tonnen Schwefel weniger pro Jahr. Jahrzehntelang hat der Sozialismus ohne Rücksicht auf Verluste gewirtschaftet – jetzt müssen wir von vorne anfangen.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat sich mit der „Allianz für Deutschland" an die Spitze der ökologischen Erneuerung gestellt: „Beim Umbau der DDR-Wirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft muß der Schritt zur ökologischen Marktwirtschaft vollzogen werden", sagte er und kündigte den „Einsatz modernster Technologien" an.

Der „sozialistische Aufbau" hat nur Ruinen hinterlassen

Der Wohnungsbau in der DDR galt mit als „Erfolg des sozialistischen Aufbaus". Bei näherem Hinsehen und im Vergleich mit Wohnungen der Bundesrepublik zeigt sich: von Ausstattung und Komfort her bleiben die Wohnungen häufig hinter der Bundesrepublik zurück.

Stehen dort pro Einwohner 35 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, so sind es in der DDR 27. Ein Problem ist das Alter der Wohnungen: Ein Viertel der Wohnungen in der DDR wurde vor 1919 gebaut. Die Mehrzahl der Wohnungen stand schon vor Errichtung der DDR: Über 60 Prozent der Wohnungen stammen aus der Zeit vor 1945.

Die Überalterung macht sich darin bemerkbar, daß rund 28 Prozent der Wohnungen noch ohne Innentoilette sind. In der Bundesrepublik sind es dagegen nur noch 6 Prozent. Diese Zahlen stammen aus den offiziellen Statistischen Jahrbüchern der beiden Länder.

Große Unterschiede gibt es dagegen bei den Mieten: Während die Miete in der DDR nur 3 Prozent vom Haushaltseinkommen nimmt, sind es in der Bundesrepublik 20 Prozent. Aber: In Wirklichkeit sind die Mieten in der DDR höher.

Bislang wurden die Mieten kräftig subventioniert – auf Kosten der Steuerzahler. 6 Prozent der Staatsausgaben gingen dafür drauf, in der Bundesrepublik waren es dagegen nur 2 Prozent.



Auf den ersten Blick sieht man nur den abgefallenen Putz. Fast immer ist aber auch das gesamte Fundament und Mauerwerk schon zerstört.

Baulücken, Verfall, mangelnde Leistung

Das Baugewerbe schafft es nicht, die seit 1975 entstandenen Baulükken zu schließen. So sind in Erfurt über 86 Prozent der freigewordenen Fläche nicht wieder bebaut worden, in Weimar 67 Prozent. Zur Bewältigung der Aufgaben müßte die Leistung auf das Dreifache gesteigert werden.

Tut endlich was: 200 Städte gefährdet

Wenn nicht bald etwas geschieht, ist es für 200 Städte, darunter 22 mit denkmalgeschützten Stadtkernen wie Bautzen, Meissen, Mühlhausen, Pirna und Zittau zu spät. Ein Bericht der Bauakademie vom November 1989 beurteilt die Möglichkeiten zur Renovierung als „kritisch".

Zum Beispiel: Görlitz

Das Beispiel Görlitz steht für viele Städte in der DDR: Im denkmalgeschützten Stadtkern mußten seit 1975 binnen elf Jahren 23 Gebäude abgebrochen werden. Sie wären sonst eingestürzt. Ein Drittel der historischen Bausubstanz ist nach einem Bericht des Instituts für Denkmalpflege hochgradig gefährdet. Seit Kriegsende sind bereits 18 Häuser zusammengebrochen. Die Folge der Nicht-Renovierung: 43 Prozent der Wohnungen in der Altstadt sind leer, weil unbewohnbar. Übrigens: es hat sich in Görlitz auch gezeigt, daß Fassadenkosmetik kein Haus vor dem Einsturz bewahren kann und daß ohne grundlegende Renovierung die historischen Gebäude nicht mit Leben erfüllt werden können.



Die planmäßige Vernachlässigung der Innenstädte zugunsten des Großplattenbaus außerhalb hat zu schlimmen, menschenunwürdigen Zuständen geführt.



Simone, 24, Verkäuferin, Berlin:

Schluß mit den halben Sachen. Was wir brauchen, ist die Einheit Deutschlands, das ist für mich sonnenklar. Ich hoffe, daß alle wahlberechtigten Bürger wählen gehen, denn wer nicht wählt, unterstützt die SED.



Angehöriger der Grenztruppe, 31, Wittenberg:

Daß ich bei Ihrer nächsten Umfrage keine Angst mehr haben muß, meinen Namen zu nennen. Jetzt traue ich mich noch nicht.

Was wünschen Sie sich für Ihre Zukunft in der DDR? – Das haben wir Bürger auf der Straße gefragt. Unsere Bürger haben uns geradeheraus geantwortet, was in unserem Staat geändert werden muß.

Helga, 48, Melkerin, Wittenberg:

Ich hänge an meiner Heimat und würde niemals von hier fortgehen. Ob sich was ändert nach dem 18. März? Ich hab' kein Vertrauen mehr in die Politiker. Wenn es mehr zu kaufen gäbe und die Dose Ananas nicht mehr 12 Mark kosten würde, wäre ich froh.





Fritz, 59, Tankwart, Wittenberg:

Eine einheitliche deutsche Währung, damits wirtschaftlich aufwärts gehen kann. Für den 18. März wünsche ich mir, daß die SED ganz von der Bildfläche verschwindet.



Rainer, 35, Schlosser, Berlin:

Ich hoffe, daß die demokratischen Parteien die Wahl gewinnen und daß es dann wirtschaflich aufwärts geht. Der Sozialismus ist am Ende und das Volk ist es auch, denn wir sind 40 Jahre betrogen worden.

Das wünschen wir uns für unsere Zukunft



Brigitte, 43, und Eberhard, 47, Monteur, Leipzig:

Wir möchten, daß man Politik mit uns macht und für uns und nicht mehr gegen das Volk. Und dann hoffen wir, daß die Ost-Mark nicht zu stark abgewertet wird, so daß uns ein Teil unserer Ersparnisse erhalten bleibt.



Else, 80, Rentnerin, Berlin:

Ich bin oft sehr traurig, weil so viele junge Leute weggegangen sind, und ich habe Angst, daß die politische Entwicklung zu rasant verläuft. Mein größter Wunsch ist deshalb, daß die Menschen besonnen bleiben, daß es keine Krawalle gibt.



Katrin, 28, Ärztin, Berlin:

Ich wünsche mir den wirtschaftlichen Aufschwung und zugleich den Erhalt der sozialen Errungenschaften, die wir uns in vielen Jahren mühsam erarbeitet haben. Und dann noch: Im Gesundheitswesen fehlt es an allen Ecken und Enden. Das muß schleunigst besser werden.



Kurt, 83, Rentner, Berlin:

Hoffentlich bekommt die SED bei den Wahlen keine einzige Stimme. Ich wünsche den jüngeren Leuten, daß sie nicht mehr vom Staat ausgebeutet werden. Für mich ist das nicht mehr so wichtig, ich bin alt. Wenn ich meinen Lebensabend weiterhin im Altersheim verbringen kann, bin ich zufrieden.



Monika, 40, Angestellte der Wohnungswirtschaft, Berlin:

Mein Wunsch? Daß wir die jetzt erkämpfte Rede- und Meinungsfreiheit bewahren. Für die deutsche Einheit war ich schon immer. Jetzt ist sie endlich zum Greifen nah.



Lutz, 18, Maurer, Ludwigslust:

Das wichtigste für mich ist ein geeintes Deutschland. Und dann wünsche ich mir bessere Arbeitsbedingungen. Jetzt müssen wir oft im Winter draußen arbeiten und im Sommer die Innenarbeiten erledigen. Die Baustellen sind miserabel organisiert.



Nina, 29, Bibliothekarin, Berlin:

Das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen müßte in Ordnung gebracht werden. Außerdem muß dringend die medizinische Versorgung verbessert werden. Ich glaube, das alles geht nur, wenn wir die deutsche Einheit bekommen.



Bernhard, 42, Verkaufsfahrer, Berlin:

Am 18. März soll eine Partei an die Macht kommen, die sich für die deutsche Einheit stark macht. Das wünsche ich mir.



Doris, 46, Lehrerin, Berlin:

Ich habe nur einen Wunsch: die deutsche Einheit, denn die Deutschen gehören zusammen.



Bernd, 60, Kommunalbeamter, Berlin:

Schluß mit dem Politisieren. Wir müssen jetzt anfangen, zuzupacken. Die Struktur der Betriebe muß sich ändern und die Gesamtverhältnisse. Privateigentum muß möglich sein.



Evelyn, 24, Hausfrau, Berlin:

Ich bin froh, daß die SED entmachtet wurde. Ich wünsche mir eine Regierung, die marktorientiert arbeitet und zugleich die sozialen Fragen im Auge behält.



Thorsten, 19, Wurstverkäufer, Berlin:

Die deutsche Einheit! Das deutsche Volk darf nie mehr getrennt werden.



Renato, 29, Traktorist, Wittenberg:

Ich wünsche mir, daß wir so schöne Häuser haben wie die Leute in der Bundesrepublik und daß man nicht mehr 10 Jahre auf eine Wohnung warten muß.

„Wir brauchen die deutsche Einheit. Jetzt!"

Der Vorsitzende der Deutschen Sozialen Union, Hans-Wilhelm Ebeling, hat die sofortige Verwirklichung der deutschen Einheit gefordert. Damit hat die DSU großes Aufsehen erregt. Über die Forderung „Deutsche Einheit sofort!" und das daraus folgende Programm befragten wir den DSU-Vorsitzenden.

Interview mit Hans-Wilhelm Ebeling:

Warum wollen Sie die Einheit sofort?

Hans-Wilhelm Ebeling: Nur ein geeintes Deutschland wird die gewaltige Kraftanstrengung aufbringen können, die notwendig ist, um das wegzuräumen, was vierzig Jahre real existierender Sozialismus an Schutt und Schrott hinterläßt.

Ich kann diejenigen nicht verstehen, die jetzt immer noch großartige Stufenpläne schmieden mit Regierungsausschüssen, konföderativen Strukturen und viel, viel Bürokratie.

Die Menschen wollen Freiheit und Wohlstand. Sie wissen ganz genau: Ohne ein geeintes Deutschland wird beides nicht zu haben sein.

Die deutsche Einheit kann noch in diesem Jahr kommen, wenn der Wähler am 18. März die richtige Entscheidung trifft.

Ist unser Land angesichts der Wirtschaftskrise denn überhaupt für die Einheit vorbereitet?

Hans-Wilhelm Ebeling: Die DDR bringt in ein vereinigtes Deutschland eine Fülle schwerer Probleme ein. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Wir bringen in ein geeintes Deutschland auch den Leistungswillen gut ausgebildeter Menschen ein, die endlich einmal in einem funktionierenden Wirtschaftssystem zeigen wollen, zu welchen Leistungen sie fähig sind. Die Bürger dieses Landes sind ja nicht weniger leistungsbereit, nicht weniger begabt als ihre Landsleute im Westen.

Im Gegenteil: Wenn die Fesseln eines maroden Sozialismus erst gefallen sind, dann werden die Menschen in diesem Land vor den Augen einer staunenden Weltöffentlichkeit unter Beweis stellen, daß der gute Klang des „Made in Germany" auch für Produkte aus Mitteldeutschland gilt.

Wird die Bundesrepublik uns denn wirklich helfen?

Hans-Wilhelm Ebeling: Ja, ganz sicher. Das hat die Bundesregierung ja längst bewiesen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte der DDR das Angebot einer Währungsunion mit Wirtschaftsreform gemacht. Die Einführung der D-Mark in der DDR setzt freilich voraus, daß hier wirtschaftliche Strukturen vorhanden sind, in denen das Geld nicht einfach zerrinnt. Die D-Mark ist auf dem Weltmarkt ja deshalb so stark, weil sie für einen realen Wert an Produktionsgütern und Dienstleistungen steht. Vor einer Einführung der D-Mark in der DDR müßte also erst einmal genau festgestellt werden, wie der ökonomische Rahmen für eine stabile Geldmengenpolitik bei uns im Land aussieht.

Warum hilft uns denn die Bundesregierung nicht sofort mit Bargeld?

Hans-Wilhelm Ebeling: Ich bin fest davon überzeugt: Hätte Herr Modrow in den zurückliegenden Wochen und Monaten entschieden und tatkräftig eine Wirtschaftsreform eingeleitet statt über Stasi und Nasi nachzudenken, dann wäre das erforderliche Geld schon längst im Land. Am Tag nach der Wahl werden wir dankbar sein, daß uns die von Ministerpräsident Modrow geforderten 15 Milliarden Mark noch zur Verfügung stehen und nicht schon längst in weiteren sozialistischen Experimenten sinnlos zum Fenster hinausgeworfen worden sind.

Die Hauptverantwortung für die krisenhafte Zuspitzung der Lage trägt ohne Zweifel der noch amtierende Ministerpräsident Hans Modrow.

Anstatt den gescheiterten Wirtschaftssozialismus endgültig zu begraben, sind die Grundstrukturen der bürokratischen Kommandowirtschaft noch voll erhalten.



Hans-Wilhelm Ebeling steht an der Spitze der DSU. Als Pfarrer der berühmten Leipziger Thomaskirche hat er sich durch seine langjährige Arbeit weit über Leipzig hinaus Respekt und Anerkennung erworben. Er war für Menschen in Not Anlaufstation, weil er sich immer für Menschlichkeit und Gerechtigkeit eingesetzt hat.



Junge Erfurter als Wahlhelfer der DSU

Analytischer Verstand und Überzeugungskraft

Professor Hansjoachim Walther ist der Spitzenkandidat der DSU und stellvertretender Parteivorsitzender. Wie Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling hat er einen untadeligen und gradlinigen Lebensweg.

Der 51jährige Mathematiker erlernte nach dem Abitur in Zeitz als Spitzendreher einen praktischen Beruf.Hansjoachim Walther weiß also um die Probleme der Arbeiter in unserem Staat. Ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern, das ist sein Hauptanliegen. Mit Hansjoachim Walther kandidiert ein renommierter Wissenschaftler für die DSU, dessen Arbeiten auch im Westen Beachtung finden.



Hansjoachim Walther

Nach der friedlichen Revolution, die den Weg zu politischer Freiheit öffnete, entschloß sich Walther, in die Politik zu gehen. Sein analytischer Verstand und die Kraft, andere zu überzeugen: das sind Eigenschaften, die er für die DSU in unser Land einbringen wird.

Einsatzfreude und politischer Verstand

Dr. jur. Peter-Michael Diestel, der Generalsekretär der DSU, wurde 1952 in Prora auf der Insel Rügen geboren. Nach der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule folgte eine Ausbildung als Rinderzüchter. Der vielseitige DSU-Generalsekretär erwarb das staatliche Schwimm-Meister-Diplom und machte sich bei zahlreichen Lebensrettungseinsätzen in der Ostsee verdient.

1974 begann er das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig. Die Zulassung als Anwalt wurde ihm aus politischen Gründen verwehrt. Deshalb arbeitet er seit 1978 als Leiter einer Rechtsabteilung.



Peter-Michael Diestel

Diestel engagierte sich in der Politik, als am 7. Mai 1989 der Wahlbetrug der SED bei den Kommunalwahlen offenkundig wurde. Einsatzfreude und politische Leidenschaft, verbunden mit dem notwendigen Augenmaß, zeichnen den Generalsekretär der DSU aus.

Eine junge Partei für die Zukunft unseres Landes

Deutschland braucht Freiheit statt Sozialismus: Die DSU ist eine Volkspartei, in der Bürger aller sozialen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. Entstanden ist die DSU aus einem Zusammenschluß von 20 Gruppen, die sich nach dem Umsturz überall in der DDR gegründet hatten.

Keimzelle der DSU ist die CSPD, die Christlich-Soziale Partei Deutschlands, die Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling in Leipzig gegründet hatte. Die DSU ist noch eine junge Partei: Sie stellt sich den Herausforderungen der Zukunft mit von der Vergangenheit unbelasteten Persönlichkeiten.

Grundlage der politischen Arbeit der DSU sind christliche Wertvorstellungen: Die DSU ist jedoch offen für die Zusammenarbeit auch mit Nichtchristen. Die DSU gibt es in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin.

Weitere Informationen gibt es beim Bundesvorstand und den Landesverbänden der DSU:

Bundesvorstand der DSU
Postfach 14 56
7013 Leipzig
oder
Merseburger Straße 82
7033 Leipzig

Berlin:
Stephan Sabottka
Chausseestraße 17
1040 Berlin

Brandenburg:
Thomas Schmidt
Leninstraße 4
1406 Hohen Neuendorf

Mecklenburg-Vorpommern:
Martin Wisser
Wilhelm-Pieck-Straße
13/III/1007
2500 Rostock

Sachsen:
Reiner Hoelzer
Rippiener Straße 22
8020 Dresden

Sachsen-Anhalt:
Hubert Jareck
Wiesenburger Straße 2
3050 Magdeburg

Thüringen:
Dr. Paul Latussek
Weimarer Straße 56
6300 Ilmenau

„Keine Angst vor der Einheit! So wollen wir unsere Bürger sozial absichern."

Ihre Partei strebt die rasche Verwirklichung der deutschen Einheit an. Heißt das, die DDR schließt sich der Bundesrepublik an und verzichtet auf jede Eigenständigkeit?

Hansjoachim Walther: Ich denke, man muß unterscheiden zwischen Eigenstaatlichkeit und Eigenständigkeit. Wir wollen ja die Eigenständigkeit unseres Landes erhalten. Wir werden eigenständig bleiben in den wiedererrichteten Ländern Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Jedes dieser Länder wird ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung haben. Jedes dieser Länder wird gemäß der Verfassung an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken – insofern behalten wir unsere Eigenständigkeit. Aber Eigenstaatlichkeit der DDR wäre nichts anderes als geschichtsfremde Separation.

Wie soll die deutsche Einheit praktisch vollzogen werden?

Hansjoachim Walther: Ich schlage vor, daß möglichst rasch nach der Wahl zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ein Staatsvertrag geschlossen wird. In diesem Vertrag muß umfassend geregelt werden, wie der Übergang vom Sozialismus zur Sozialen Marktwirtschaft so gestaltet wird, daß er den Menschen nutzt statt schadet.

Kernpunkte eines solchen Staatsvertrages müssen sein:

Erstens: Eine Währungsreform muß den Menschen im Land Wohlstand bringen. Die bestehenden Sparguthaben müssen auch künftig finanzielle Sicherheit bieten.

Interview mit Hansjoachim Walther

Zweitens: Die Soziale Marktwirtschaft darf nicht auf dem Rücken der Menschen eingeführt werden. Es müssen Übergangsregelungen zum Schutz des Einzelnen vor Arbeitslosigkeit und Krankheit vereinbart werden. Der Mieter muß in seinen Rechten gestärkt, Spekulantentum jedweder Art muß unterbunden werden.

Drittens: Rentner müssen die Gewißheit haben können, daß sie sich in einem geeinten Deutschland nicht schlechter, sondern besser stehen.

Und was kommt nach dem Staatsvertrag?

Hansjoachim Walther: In Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt es, daß andere Teile Deutschlands dieser Verfassung beitreten können. Sie können – aber sie müssen nicht!

Ich trete dafür ein, daß die frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer möglichst umgehend nach dem 18. März von dieser Möglichkeit des Grundgesetzes Gebrauch machen.

„Beitritt zum Grundgesetz" bedeutet: Wir übernehmen als DDR die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Statt selbst eine neue Verfassung zu entwerfen, statt selbst in zeitraubender Arbeit neue Gesetze zu entwerfen, zu debattieren und zu verabschieden, sollten wir das übernehmen, was sich seit vierzig Jahren im anderen Teil unseres Vaterlandes bestens bewährt hat. Das Grundgesetz ist die freiheitlichste Verfassung, die es je auf deutschem Boden gegeben hat.

Wenn die Menschen es wollen und am 18. März die richtige Entscheidung treffen, dann werden wir im Dezember dieses Jahres in Frankfurt am Main und in Frankfurt an der Oder, in Hamburg, Rostock, München, Leipzig, Köln, Dresden und im dann endlich wieder ungeteilten Berlin unsere Abgeordneten für den Deutschen Bundestag wählen.



Die deutsche Einheit: zentrale Forderung fast aller Teilnehmer an den Leipziger Montags-Demonstrationen

Wirtschaft: Wettbewerb und Solidarität

Der Staat soll nur noch dort eingreifen, wo der Einzelne und die Gemeinschaft sich nicht selbst helfen können. Bislang gab es bei uns nur einen einzigen Arbeitgeber: den Staat. Aber die sogenannten „Volkseigenen Betriebe" gehörten nicht dem Volk, sondern der SED.

Mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft schaffen wir Raum für freie Unternehmerinitiative: Der Unternehmer ist nicht der „Feind des Volkes", wie es uns jahrzehntelang eingetrichtert wurde, sondern derjenige, der wirtschaftlichen Aufschwung, soziale Sicherheit und Wohlstand ermöglicht.

Wir wollen eine Mischung aus kleinen, mittleren und größeren Unternehmen, die miteinander im Wettbewerb stehen. Dazu müssen wir einen Mittelstand aufbauen: Der Handwerker muß selbständig ein Unternehmen gründen können, der Angestellte ein Handelsgeschäft, der Arzt eine Praxis. Diese Möglichkeit, aus der abhängigen Arbeit auszuscheiden und eigenverantwortlich etwas aufzubauen, gibt jedem in unserer Wirtschaftsordnung eine Chance und Möglichkeit zur Entfaltung. Freie Berufswahl, Gewerbefreiheit und Eigentum sind

»Wir müssen einen Mittelstand aufbauen«

Bausteine der Sozialen Marktwirtschaft.

Das Eigentum muß über gesetzliche Regelungen der Gemeinschaft verpflichtet bleiben, genauso wie das Wirtschaften des Einzelnen.

Das heißt: Machtkontrolle durch staatliche Aufsicht und Tarifautonomie. Die Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb und die Beteiligung der Arbeiter an ihrer Firma sind Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Aufgabe des neuen Systems ist es, Wohlstand zu schaffen. Denn der Wohlstand ist die Voraussetzung für soziale Sicherheit. Aufgabe des Staates ist es künftig, Eigeninteresse und Gemeinwohl in Einklang zu bringen.

Das heißt: er muß auch dafür sorgen, daß Leistung für sich auch Leistung für andere ist. Eine der Aufgaben des Staates ist es, das Vermögen breit zu streuen: Deshalb muß die Vermögensbildung bei Arbeitern ausdrücklich gefördert werden.
Eine besondere Bedeutung kommt dem Umweltschutz in der neuen Wirtschaftsordnung zu. Rund 90 Prozent unserer Wälder sind bereits durch Umweltgifte geschädigt. Die Wende in der Umweltpolitik muß deshalb ebenfalls radikal sein: Unsere Landschaften müssen geschützt und Umweltverschmutzer hart bestraft werden.

Wir brauchen endlich Pressefreiheit

Warum haben wir 40 Jahre lang nicht gewußt, daß der Stasi in konspirativen Unterkünften Waffen hortet?

Warum war uns nicht bekannt, daß die SED-Funktionäre in Palästen lebten, die wir, das Volk bezahlt haben?

Wieso konnte man uns vorgaukeln, daß der „kapitalistische Westen" uns bedroht?

Wie war es möglich, daß wir zwar ahnten, aber nicht definitiv wußten, daß die sozialistische Planwirtschaft vor dem Bankrott steht?

Weil es in der sozialistischen Diktatur keine Informations- und Pressefreiheit gibt!

Weil die Bevölkerung dumm gehalten werden soll. Weil die SED-gelenkte, zensierte und kontrollierte Presse uns wie unmündige Kinder gegängelt hat!

Die DSU fordert deshalb in ihrem Grundsatzprogramm die Pressefreiheit und die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens.

Pressefreiheit, das heißt: Medienvielfalt.

Verlage, Verbände, Gewerkschaften, die Kirchen, die Parteien, ja jeder Privatmann kann Zeitungen und Zeitschriften verlegen. Die inhaltliche Gestaltung ist frei.

Journalisten können frei recherchieren, die Bürger können sich umfassend und vielseitig informieren.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und öffentlich-rechtliches Fernsehen, das bedeutet: unabhängiges Fernsehen, unabhängiger Rundfunk, freie Berichterstattung. Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen und Parteien bilden den Rundfunk- oder Fernsehrat. Sie sorgen dafür, daß Nachrichten, Reportagen und Magazine nicht einseitig, sondern vielseitig, ausgewogen sind.

Nur die Presse- und Informationsfreiheit garantiert, daß wir nie wieder von einigen wenigen Machthabern verschaukelt werden. Nur durch Presse- und Informationsfreiheit kann die Bevölkerung wirklich die Politiker kontrollieren.

Dafür tritt die DSU ein!

Hilfe in einer sozialen Gesellschaft

Die Sozialpolitik ist für die DSU eines der wichtigsten Elemente in einer neuen Wirtschaftsordnung.
Denn Menschen müssen vor Armut und Not geschützt werden, für Familien muß ein sozialer Ausgleich geschaffen, für jeden von uns muß Vorsorge vor Krankheit und Alter getroffen werden.

Ältere Menschen: Wir wollen auf ihre Lebenserfahrung nicht verzichten. Wir müssen uns bemühen, sie über Nachbarschaftshilfe und die Familien ins Leben zu integrieren. Sie müssen ein gesichertes und sinnerfülltes Leben führen können.

Gesundheit: Gesund zu bleiben und zu werden muß für jeden Bürger gleich möglich sein – egal wie vermögend er ist oder wo er wohnt. Dazu müssen überall in unserem Land die gleichen und die besten Möglichkeiten geschaffen werden. Freie Arzt- und Krankenhauswahl sind die Eckpfeiler des Gesundheitswesens.

Behinderte: Sie sind Partner der Gesellschaft, die ihnen die Chance geben muß, sich in Beruf und Gesellschaft zu entfalten.

Rente: Wir fordern eine einkommensbezogene Rente und eine Rentenversicherung. Für sie muß die jeweils arbeitende Generation aufkommen. Wir müssen die Lage der Rentner schnell verbessern: Sie dürfen nicht weiter am Rand der Gesellschaft leben. Sie müssen soviel Rente erhalten, daß sie menschenwürdig leben können.

Das soziale System ist eng mit dem wirtschaftlichen verknüpft. Es kann nur so gut sein wie die Wirtschaftsordnung. Bislang waren die Mittel für den Sozialbereich viel zu gering. Unsere kranken, behinderten und alten Menschen haben dafür den Preis bezahlen müssen.

Soziale Sicherheit

Das muß sich und wird sich mit der Sozialen Marktwirtschaft ändern. Voraussetzung dafür ist: die schnelle und bedingungslose Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Mit ihr kommt auch das Sozialversicherungssystem mit Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung.

Niemand in der DDR braucht Angst zu haben, daß sich seine soziale Lage in einem geeinten Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft verschlechtert. Das Gegenteil wird der Fall sein.

Verantwortlich: Deutsche Soziale Union

So fingen wir an



Der Demokratische Aufbruch ist eines der jüngsten Kinder unserer Parteienlandschaft. Bereits im Sommer 1989 gab es zielgerichtete Kontakte zwischen Vertretern der Bürgerrechtsbewegung zur Gründung einer oppositionellen Partei. Noch am 1. Oktober wurde unter damals illegalen Bedingungen ein solches Treffen in Berlin durch Stasi und Polizei verhindert.

Nach der vorläufigen Konstituierung der Partei Ende Oktober fand dann am 17. Dezember 1989 der Gründungsparteitag in Leipzig statt, auf dem unser Programm verabschiedet wurde. Der dort gewählte Vorsitzende, Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, hat Jahre vor der Wende Wehrdienstverweigerer und politisch Inhaftierte vor Gericht vertreten.

Er kann mit vielen Menschen zusammenarbeiten, die über eigene Erfahrungen im Einsatz für eine Demokratisierung unseres Landes verfügen.

Damit wurde eine wirklich neue Partei geboren, die sich ohne belastete Vergangenheit für die Zukunft eines geeinten Deutschlands in einem geeinten Europa einsetzt.

Sofortprogramm für unser Land

Der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, Wolfgang Schnur, fordert die sofortige Wende in der Politik der DDR. Nur so könne die Massenflucht der Bürger gestoppt werden. Deshalb hat der Demokratische Aufbruch ein Sofortprogramm erarbeitet, das die Ursache der Flucht bekämpft: die sozialistische Mißwirtschaft. „Noch sind die Sozialisten am Ruder, und es müssen ihnen mühsam die dringend notwendigen Reformen abgerungen werden", sagte Schnur.

Dies Zögern koste viel Zeit und dauere den Bürgern zu lange. „Wer sich hinstellt und in dieser Situation Milliardenbeträge von Bonn fordert, ohne das eigene Haus in Ordnung zu bringen, hat aus 40 Jahren Sozialismus nichts gelernt". Milliarden seien in der sozialistischen Mißwirtschaft versickert, ohne daß auch nur eine bei den Menschen angekommen wäre.

Deshalb fordert der Demokratische Aufbruch:

1. Die Regierung muß offenlegen, wie es mit der Wirtschaft der DDR genau steht. Erst dann haben wir ein Recht, um Hilfe zu bitten. Wir müssen Vertrauen schaffen – durch nationale Solidarität.

2. Die sofortige Konstituierung der Länder und Wahlen zu den Landtagen am 6. Mai. Wir werden in jedem Länderparlament den Antrag einbringen, unter Berufung auf Artikel 23 Grundgesetz der Bundesrepublik beizutreten. Wer den Einigungsprozeß weiter verzögert, muß sich klar darüber sein, daß nach dem 6. Mai der DDR auch die Länder weglaufen.

3. Für die Soziale Marktwirtschaft brauchen wir:

- eine Eigentumsreform, die das sogenannte Volkseigentum schrittweise in die private Verfügung der Bürger überführt;
- einen Mittelstand, den wir jetzt fördern müssen;
- die Entflechtung der Kombinate
- Gewerbe- und Vertragsfreiheit. Jeder soll eigenverantwortlich produzieren können.
- eine Steuerreform, die Leistung belohnt;
- eine Reform des Preissystems nach Angebot und Nachfrage und den Abbau von Subventionen. Einkommensschwache Gruppen wie Rentner müssen einen Ausgleich bekommen.
- ein marktgerechtes Lohnsystem, das unabhängige Tarifpartner schaffen und aushandeln;
- unabhängige Gewerkschaften.

4. Die Überführung der Sozialversicherung vom FDGB an einen unabhängigen Träger und eine Kassenlegung durch den FDGB. Wir brauchen eine Arbeitslosenversicherung, die sich aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert, eine getrennte und selbstverwaltete Renten- und Krankenversicherung. Sozialhilfe muß dafür sorgen, daß niemand Existenzängste zu haben braucht. Der unsoziale Sozialismus, der den Menschen nur als billige Arbeitskraft ausbeutet, muß durch einen Sozialstaat ersetzt werden.

5. Die Währungsunion darf nicht durch unsinnige Forderungen erschwert werden. Wir wollen partnerschaftlich einen Weg mit Regierung, Industrie und Bürgern der Bundesrepublik suchen.

Wie man eine solche Politik macht, hat der Demokratische Aufbruch gezeigt: Rainer Eppelmann hat als einziger konkrete Projekte in Bonn verhandelt und hat 30 Millionen DM mit in die DDR zurückgebracht, die in der Altenpflege und der Rehabilitation eingesetzt werden.

6. Unser Kapital, das wir in die neue Wirtschaftsordnung einbringen, sind die Leistungsfähigkeit und der Leistungswille unserer Bürger. Wir gehen stolz in die deutsche Einheit: weder als der arme Verwandte, der um Aufnahme bittet, noch als der Schnorrer und Bankrotteur, der unverschämte Forderungen stellt. Wir müssen das Deutschland von Morgen offensiv mitgestalten und dürfen unseren Einsatz nicht länger durch Hintertreibungsversuche gefährden lassen.


Wolfgang Schnur, der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs

Mit neuen Leuten in die Zukunft, damit der Aufbruch weitergeht


Rainer Eppelmann, Pfarrer, Vorstandsmitglied des DA.


Brigitta Kögler, Rechtsanwältin, Jena. Arbeitsgebiet: Bürger- und Menschenrechte.


Dr. Fred Ebeling. Arbeitsgebiet: Finanz-, Wirtschafts- und Preispolitik.

Partei für alle Bürger

Der Demokratische Aufbruch ist eine Partei für alle Bürgerinnen und Bürger: Ziel ist, das Zusammenleben der Bürger in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu gestalten.

Der Namenszusatz des Demokratischen Aufbruchs – sozial und ökologisch – weist bereits auf seine Schwerpunkte hin.

Die ökologischen, sozialen und demokratischen Lebensbedürfnisse der Menschen müssen Vorrang haben vor kurzfristigem Wachstumsdenken. Von besonderer Bedeutung sind die Facharbeitskreise, in denen alle Bürgerinnen und Bürger mitarbeiten können, ohne beim Demokratischen Aufbruch Mitglied zu sein. Voraussetzung ist jedoch die Anerkennung der Grundsätze des DA.

Daneben gibt es Beauftragte des Vorstands für folgende Sachbereiche:

Bürger- und Menschenrechte, Umweltschutz, Abrüstungs-, Friedens- und Wehrdienstfragen, Probleme der Zweidrittelwelt, Finanz-, Preis- und Wirtschaftspolitik, Arbeits- und Gewerkschaftspolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Frauen-, Männer-, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, Rechts- und Gesetzgebungspolitik, Bildung, Kultur, Wissenschaft, Technik, Außenpolitik. Der DA versteht sich als basisdemokratische Organisation: Orts-, Kreis- und Landesverbände haben eine größtmögliche Autonomie.

Mehr Informationen über den Demokratischen Aufbruch gibt es bei Geschäftsstelle, Friedrichstraße 165, 1080 Berlin.

Für diese beiden Seiten zeichnen: Der Generalsekretär des Demokratischen Aufbruchs, Oswald Wutzke und Gisbert Mangliers

Mit Berlin wächst Deutschland zusammen

Die Öffnung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ist eine Herausforderung, der sich auch Berlin stellen muß:

Wir wollen, daß die Stadt zur Hauptstadt von Gesamtdeutschland wird. Der Ausbau Berlins darf jedoch nicht mehr, wie bisher, auf Kosten anderer Städte geschehen. Die Regionen müssen ihre Interessen durch eine Länderkammer vertreten können, außerdem muß das Land dezentralisiert werden mit dem Ziel einer regionalen und kommunalen Selbstverwaltung. Die neuen Chancen für Berlin stehen dieser politischen Neuordnung nicht entgegen.

In Berlin muß Wirklichkeit werden, was wir uns für die Bundesrepublik und die DDR wünschen: immer weniger Teilung und immer mehr Zusammenarbeit. Wir wollen überwinden, was uns trennt.

Als ersten Schritt hat der Demokratische Aufbruch zusammen mit seinen Partnern aus der „Allianz für Deutschland" und der CDU Westberlins eine „Gemeinsame Erklärung" veröffentlicht. Darin heißt es: „Mit Berlin wächst Deutschland zusammen".

Deshalb dürfen keine Entscheidungen mehr getroffen werden, die nicht Gesamtdeutschland und Gesamtberlin im Blick hätten.

Das heißt:

- die Olympischen Spiele im Jahr 2000 oder 2004 nach Berlin.
- Freie und demokratische Wahlen für ganz Berlin
- Verkehrs-, Energie- und Umweltprobleme müssen von Ost und West gemeinsam gelöst werden.

Für sozialistische Experimente darf im neuen Berlin kein Platz mehr sein. Die Stadt muß wieder für Kultur, Wissenschaft, Verbände und Medien geöffnet werden. Berlin muß ein Zentrum für Handel und Wirtschaft von internationalem Rang werden, eine weltoffene Metropole, die die Ansprüche an die Lebensqualität befriedigen kann.

Das setzt eine sofortige Zusammenarbeit der beiden Stadtteile und des Umlandes voraus. Berlin darf nicht auf Kosten und zu Lasten des Umlands leben.



Wir dürfen nicht bei unseren Ängsten stehenbleiben

„Wir sind das Volk" – dieser selbstbewußte Ruf hat Geschichte gemacht. Inzwischen scheint dieses Selbstbewußtsein reichlich beschädigt. Fast die Hälfte der Wählerinnen und Wähler in unserem Land sind ratlos und bis jetzt unentschlossen, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen.

Immer noch verlassen Zehntausende das Land, weil sie keine begründete Hoffnung in die Zukunft haben. Der Runde Tisch büßt an Autorität ein.

Es ist ein Jammerspiel. Vierzig Jahre lang sind wir wie die Leibeigenen behandelt worden von sozialistischen Funktionären, die sich wie Feudalherren aufgeführt haben. Über den wirklichen Zustand unseres Landes wurden wir belogen und betrogen, es gab nur „Erfolge und soziale Geborgenheit". Zu dem rosaroten Bild über die DDR kam das schwarze über die Bundesrepublik, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Furcht vor der Freiheit

Jeder, der lange Zeit im Gefängnis gesessen hat, kennt sie, die Angst vor der Freiheit. Werde ich mich zurechtfinden, wenn ich die ja auch schützenden Mauern verlasse?

Werde ich meinen Platz finden und behaupten in einer für mich neuen Welt?

Bin ich überhaupt noch lebenstüchtig oder besteht nicht die Gefahr, daß ich ganz schnell unter die Räder komme?

Werden die anderen meine Unterlegenheit nicht ausnutzen?

All diese Ängste sind verständlich, und töricht ist, wer sie verleugnet. Die

Wir haben die besten Chancen

Frage ist nur, ob wir bei ihnen stehenbleiben sollten. Gefährlich wird es dann, wenn sie bewußt geschürt werden, besonders von denen, die sich heute erneut als Anwalt der sozial Schwachen aufspielen und die vergessen machen wollen, daß sie selbst verantwortlich sind für den vierzigjährigen Ausverkauf unseres Landes.

Es geht nicht um blindes Vertrauen, sondern um nüchternes Prüfen der Fakten. Der Demokratische Aufbruch steht für eine entschlossene Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, für die schnellstmögliche Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion, die die Übernahme des Sozialsystems einschließt.

Es hat sich gezeigt: wer heute immer noch in sozialistischen Ideologien gefangen ist, kann diesen Weg nur halbherzig gehen und verzögert längst fällige Maßnahmen, die für den Erfolg des Ganzen unumgänglich sind. Hier kann nicht länger nach der Devise verfahren werden: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.

Wir als Demokratischer Aufbruch gehen davon aus, daß wir in den Menschen der Bundesrepublik ehrliche Partner haben. Wir halten den Ehrgeiz für töricht, alles, was sich bewährt hat, noch einmal erfinden zu müssen, nur weil es von dort kommt.

Dieses aufgesetzte Selbstbewußtsein hat uns nicht nur wirtschaftlich in eine Sackgasse geführt!

Unser Kapital: Wir selbst!

Das beste Kapital, das wir in die nun endlich gemeinsame Geschichte Deutschlands einzubringen haben, sind wir selbst.

Sie haben am 18. März die Wahl. Lassen Sie nicht zu, daß erneut Ideologien über die Erfordernisse des Lebens herrschen.

Wählen Sie den Demokratischen Aufbruch!
– sozial, ökologisch –

Wir wollen

- die Beibehaltung von Krippe, Kindergarten und Schulspeisung und Hort bei gleichzeitiger Orientierung am tatsächlichen Bedarf
- vorwiegend freie Trägerschaften der Kindergärten mit öffentlicher Unterstützung
- eine unabhängige, ideologiefreie Bildungs- und Erziehungsarbeit, d. h. Organisationen, Parteien, Kirchen und Militär sind räumlich und inhaltlich von der Schule zu trennen

Freude am Lernen als Motor für Leistung

- eine demokratische Mitbestimmung durch Schülerräte, Schülervereinigungen und Schulzeitungen

Bei der Zensierung und Bewertung schulischer Leistungen muß der Grundsatz gelten: Schulzeit ist nicht in erster Linie Leistungszeit, sondern Entwicklungszeit.

Wir wollen

- so viel wie möglich eigenverantwortliche Initiative
- so wenig wie nötig staatliche Regelung
- ein neues Verhältnis von Männern und Frauen, das sich im Aus-

Neues Zusammenleben in Familie und Partnerschaft

halten und Austragen von Konflikten bewährt

- materielle Absicherung der Entscheidung eines Elternteils, sich der Erziehung des Kindes zu widmen
- besondere Unterstützung kinderreicher Familien, alleinerziehender Eltern und pflegebedürftiger Familienangehöriger
- Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten für Behinderte
- ein Ende der Benachteiligung und Ausgrenzung von Randgruppen und sozialen Minderheiten

Wir wollen

- die Umkehr vom Agrarindustriearbeiter zum bodenverbundenen Bauern
- ein Ende der Ausbeutung des Bodens für kurzfristige Höchsterträge
- Vielfalt und Wettbewerb verschiedener Eigentumsformen und Organisationsformen
- einen Preis-, Steuer- und Kreditrahmen, der auch landwirtschaftlichen und gärtnerischen Kleinbetrieben Existenz und Entfaltung sichert
- den ökologischen Umbau der Landwirtschaft
- artgerechte Tierhaltung

Unsere Dörfer als attraktive Heimat auch für Städter

- die Förderung der Kooperation mit der EG (Ausbildung, Projekte, Weiterbildung)
- eine Landwirtschaftskammer

Für eine bessere Zukunft unserer Jugend

Dem Demokratischen Aufbruch liegt besonders die Jugend am Herzen. Für sie müssen bessere Bedingungen für eine freie Entfaltung geschaffen werden. Die Jugendpolitik der DDR ist gescheitert. Die FDJ hat mit ihren Inhalten und ihrem Alleinvertretungsanspruch die Jugendlichen nicht erreicht. Sie profitiert bis heute von der diktatorischen Gleichschaltung. Die Jugend des Demokratischen Aufbruchs, „Junge Demokraten", stellt sich der FDJ entgegen.

Unsere Forderungen::

- die FDJ muß Rechenschaft über die bisherige Jugendarbeit einschließlich der Finanzen vorlegen. Wir fordern eine Untersuchung des Instituts für Jugendforschung, welche Auswirkungen die bisherige FDJ-Indoktrinierung auf die Jugend hat.
- die Jugendlichen vertreten ihre Interessen gegenüber dem Staat durch den „Bund Demokratischer Jugendverbände", dessen Gründung wir einfordern.
- eine Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik, der militärischen Ausbildung und Vorstellungen zur Einrichtung eines Unterrichts für friedfertiges, soziales und umweltfreundliches Verhalten.

Ansprechpartner für Jugendpolitik beim DA: Stephan Zinnow, Friedrichstraße 165, 1080 Berlin.

- Zugang zu sämtlichen Jugendclubs und ähnlichen Einrichtungen
- Zivildienst muß auch im öko-sozialen Bereich abgeleistet werden können.
- der Beitritt zu Jugendorganisationen oder die Jugendweihe müssen freiwillig sein.
- Anerkennung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung als Menschenrecht.

Für eine bessere Zukunft unserer Jugend brauchen wir auch schöpferische Projekte in Kunst, Kultur und alternativen Lebensformen. Wir brauchen sanierte und renovierte Städte, die an unsere Geschichte und Tradition anknüpfen. Deshalb halten wir die Denkmalspflege für sehr wichtig.

Die „Jungen Demokraten" wollen auf Jugendliche zugehen, deren Interessen von Dogmatismus, Dauerdisco, Fernsehen, und einem stalinistischen Bildungssystem bisher geprägt wurden. Wir wollen am Aufbau unseres Landes mitarbeiten und die neue Ordnung mitgestalten. Innerhalb des Demokratischen Aufbruchs sind die Jungen Demokraten selbständig organisiert.

So erreichen Sie den Demokratischen Aufbruch

Berlin
Zentrale Geschäftsstelle
Friedrichstraße 165
1080 Berlin

Bezirk Rostock
2500 Rostock
Ernst-Barlach-Straße 02
Tel. über 37721

2330 Bergen
Kiebnitzmoor 09
PF 5-145 Tel. 22976

Bezirk Neubrandenburg
2080 Neustrelitz
Straße der Solidarität 15
Borwin-Heim
Tel. 2885

2060 Waren
Straße der Freundschaft 09
Tel. 2501

Bezirk Magdeburg
3014 Magdeburg
Klausener Straße 41
Tel. 392491

Bezirk Potsdam
1560 Potsdam
Otto-Nuschke-Straße 54
Tel. 22376
(Mo, Di, Do 16.00 – 18.00 Uhr)

Bezirk Frankfurt
1240 Fürstenwalde
August-Bebel-Straße 1 – 4
Tel. 6181

1200 Frankfurt
Karl-Liebknecht-Straße 09

Bezirk Erfurt
5020 Erfurt
Bahnhofstraße 33

Bezirk Gera
6500 Gera
Fiete-Schulze-Straße 18
Tel. 51310

Bezirk Cottbus
Straße der Jugend 155

Bezirk Dresden
8010 Dresden
Krenzstraße 07
Tel. 4957114 App. 50/46

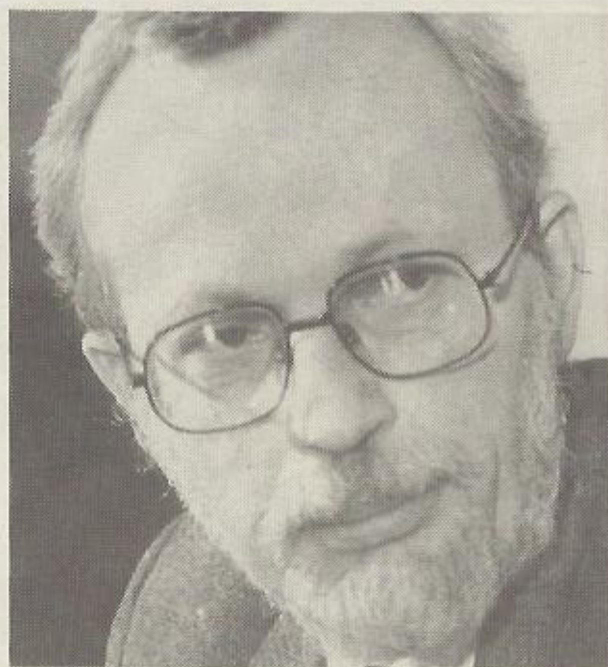
Bezirk Halle
4010 Halle
Große Klausstraße 11
Tel. 23601

Bezirk Leipzig
7030 Leipzig
Bernhard-Göring-Straße 152
Tel. 329023

Bezirk Karl-Marx-Stadt
9010 Chemnitz (K.-M.-St.)
Karl-Marx-Allee
PF 916
Tel. 6552021

Bezirk Thüringen
5020 Erfurt
Bahnhofstraße 33
Tel. 26290

Lothar de Maizière: Wirtschaftswunder nur mit starker CDU möglich



Lothar de Maizière, Vorsitzender der CDU

Interview mit dem Vorsitzenden der CDU, Lothar de Maizière

Wer wird die Wahl gewinnen?

de Maizière: Das Volk, das endlich sein Selbstbestimmungsrecht erstritten hat.

Aber welche Partei, welche Richtung setzt sich durch?

de Maizière: Nur eine, die endlich Schluß macht mit jenen Ideologien, die zwangsläufig zu totalitären Zwangsregimen geführt haben.

Kommt deshalb das Wort „Sozialismus" in den programmatischen Aussagen der CDU nicht vor?

de Maizière: Ja. Denn die Erfahrungen aus dem Real-Sozialismus haben jeden „-Ismus", der das Soziale an Ideologien kettet, erledigt.

Auch den „demokratischen" Sozialismus?

de Maizière: Was ist das?

Eine Utopie, aber vielleicht eine anziehende...

de Maizière: Die Menschheitsideale von mehr Gerechtigkeit und Freiheit müssen nicht zweifelhaften Utopien überlassen werden. Und die so lange eingemauerten Menschen in diesem Teil Deutschlands wollen jetzt sicher alles andere als noch einmal Sozialismusexperimente. Sie erscheinen ihnen wie eine Drohung.

Im anderen Teil unseres Vaterlandes haben sie gesehen, wie viel wirkliche Sozialleistung eine freiheitliche Demokratie schaffen kann, .die nicht auf Kollektivismus und Gleichmacherei, sondern auf gerechte Verteilung nach Leistung gegründet ist. Schließlich kann nur ein starker Staat auch die Schwachen stützten.

Aber auch im Westen gibt es Benachteiligte...

de Maizière: Natürlich ist keine Gesellschaftsordnung vollkommen. Wer anderes sagt, sagt die Unwahrheit. Wer aber das „Himmelreich auf Erden" verspricht oder gar als verwirklicht behauptet, kann nur noch lügen und die Wahrheit verbieten. Aber das kennen wir ja ... Es gibt keine Alternative zu einer ökologisch verpflichteten und Sozialen Marktwirtschaft.

Noch mal zur Wahl: Ist ein gutes Ergebnis wirklich sicher? 40 Jahre Propaganda sind nicht spurlos vorbeigegangen, so daß Wendekünstler und Neu-Idealisten aus der tatsächlichen Unsicherheit Vorteile für sich im Wahlkampf ziehen können.

de Maizière: Die Sorge ist nicht völlig unbegründet, wenn man sieht, mit welcher Wucht von interessierter Seite die verlogenen Bedrohungsszenarien eingesetzt werden. Ich bin aber sicher, daß der gesunde Menschenverstand am Ende stärker sein wird: Man wird eine solide Partei der politischen Mitte wählen.

Aber die Prognosen sprechen eher für die SPD . . .

de Maizière: Sie hatte einen günstigen Start. Und wenn auch nicht alle ehemaligen SED-Anhänger übergewechselt sind, so werden viele wahrscheinlich SPD wählen.

Die meisten Menschen sind noch unentschlossen. Wir müssen den Wählern klarmachen, daß nur mit einer starken CDU auch bei uns ein „Wirtschaftswunder" gelingen kann – wie damals unter Ludwig Erhard in der Bundesrepublik Deutschland.

Die wirtschaftliche „Souveränität", die manche anstreben, ist nicht zu bezahlen. Niemand kreditiert einen Scherbenhaufen. Schuldner und Gläubiger müssen eins werden.

Es gibt ein liebenswürdiges Bild zur Vermählung der deutschen Staaten: Der Partner müsse auch erst „groß" werden. Aber wir können uns nicht selber am Schopf aus dem Sumpf ziehen. Dazu braucht man Halt, einen festen Boden, eine Stütze. Der RGW liegt am Boden. Hilfe kann nur aus dem Westen kommen. Alles andere ist illusionär.

Ein Wirtschaftswunder – wie kann das gehen?

de Maizière: Der erste Schritt ist die Währungsunion. Bundeskanzler Kohl hat sie angeboten. Er hat damit einen sehr mutigen Schritt getan. Denn normalerweise –, das sagt die Alltagserfahrung und jeder Fachmann – muß erst die Wirtschaft gesunden und stark werden, um die Währung stabil zu machen.

Der Bundeskanzler hat also mit seinem Schritt einen unerhörten Vorschuß an Vertrauen in den Einigungsprozeß eingebracht. Denn wenn die Währungsunion verwirklicht wird, hat er unser Schicksal an das Schicksal der D-Mark, also an die starke Bundesrepublik, gebunden. Das ist ein Vorschuß auf eine notwendigerweise gesunde Wirtschaft. Wahrscheinlich werden erst spätere Historiker die Tragweite dieser kühnen Entscheidung ermessen können.

Die Währungsunion ist unendlich mehr wert als jeder Milliardenkredit. Sie bedeutet, daß es schließlich ganz Deutschland nur so gut gehen kann wie jedem Menschen bei uns.

Kein Rentner muß dann mehr seine Heimat verlassen, um eine bessere Rente zu haben. Kein Arbeitssuchender muß wandern, um eine Unterstützung zu erhalten. Kein Mensch muß übersiedeln, um richtiges Geld zu haben. Die vorhandenen Unterschiede sind nur noch von relativer Bedeutung.

Die Menschen können bei ihren Freunden, in ihrer Wohnung, in ihrer Umwelt bleiben. Es gibt wieder eine Hoffnung. Die CDU sagt: Umkehr in die Zukunft.

Die CDU – eine neue Partei

Auf ihrem Sonderparteitag im Dezember 1989 hat sich die CDU als eine von der Basis her erneuerte Partei bezeichnet und sich neu konstituiert.

Auf diesem Parteitag nahmen die Mitglieder der CDU das Heft in die Hand, die über 40 Jahre gegen ihre Führung die Idee einer christlich demokratischen Partei für ein Deutschland in Freiheit und gerechter Ordnung aufrechterhalten hatten, die immer für Wahrheit und Recht eingetreten waren.

Aufgegriffen wurde der Geist jener Persönlichkeiten, die schon Ende Juni 1945 die CDU in den Trümmern der deutschen Hauptstadt als eine völlig neue Partei gegründet hatten. Sie sollte eine Partei der Mitte sein. Bei den ersten relativ freien Wahlen 1946 errang sie gute Erfolge.

Trotz der Vereinigung von KPD und SPD und der Unterdrückung der parlamentarischen Demokratie konnten unter CDU-Einfluß akzeptable Länderverfassungen geschaffen werden.

Für die Bauern und den Mittelstand setzten sich die christlichen Demokraten so konsequent ein, daß 1948 zwei Parteien (DBD und NDPD) gegründet wurden, mit dem Ziel, den Einfluß der CDU einzuschränken. Schon bald nach der Gründung der CDU war es zu Repressalien gegenüber freiheitlich gesinnten christlichen Demokraten gekommen: Im März 1947 wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, der legendäre katholische Jugendführer Manfred Klein verhaftet.

Eine Verschärfung erfolgte 1949/50, nachdem die CDU nach Schaffung der DDR deren parlamentarische Legitimierung und eine konsequent nationale Politik gefordert hatte.

Lastwagenkolonnen von SED-Mitgliedern überfielen Parteibüros, viele Unionsfreunde wurden verhaftet, in Potsdam der Fraktionsvorsitzende im brandenburgischen Landtag, Dr. Schleusener, und Bürgermeister Kähler; beide sollten nie wiederkehren.

Die kämpferische Haltung solcher CDU-Politiker wurde an der Basis der Partei (oder auch, wie im Falle des 1953 verhafteten Außenministers Georg Dertinger) immer von neuem lebendig.

Der CDU gelang es 1956, die damals noch vorhandene, einer scharfen Steuerpolitik unterworfene Privatindustrie für 16 Jahre zu retten; erst 1972, zu Beginn der Honecker-Ära, wurden diese Betriebe verstaatlicht.

Mitglied in der CDU zu sein, bedeutete für viele das Ende ihrer beruflichen Karriere. 1989 trat der Widerstand gegen die Partei- und Staatsführung und gegen die Götting-Führung in der CDU offen zu Tage.

Einen programmatischen Charakter erhielt diese Haltung in einem Brief, den vier, im kirchlichen Dienst stehende CDU-Mitglieder, unter ihnen der jetzige Generalsekretär Martin Kirchner, im September 1989 der Öffentlichkeit übergaben. Dieser Brief wurde zum Kristallisationszentrum der Parteierneuerung.

Der Sturz Göttings und der alten Führung folgte. Der neue Parteivorsitzende, Lothar de Maizière, formulierte, wie die neue CDU die Zukunft gestalten will.

Die Umweltpolitik der CDU

Ein großer Teil der Gewässer ist mit Schadstoffen überbelastet: Die eingeleiteten Abwässer entsprechen den Abwässern von 66 Millionen Einwohnern.

In der Industrie wird mit mehr als 450 sogenannten Ausnahmegenehmigungen produziert, das heißt ohne Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte für die Emission schädlicher Stoffe. Das verursacht eine unverantwortlich hohe Belastung der Gesundheit der Arbeiter, der Bevölkerung, der Luft, der Gewässer, des Bodens und der Natur insgesamt. Dieser Zustand bringt sowohl die Betriebsleiter als auch die für die Ausnahmegenehmigungen zuständigen staatlichen Einrichtungen in Gewissenskonflikte.

Aus diesen Gründen muß in den nächsten Jahren auf dem Territorium der DDR der Ökologie das Primat vor der Ökonomie gegeben werden. Dafür setzt sich die CDU ein.

Durch die energiewirtschaftlichen Maßnahmen ist zu sichern, daß bis spätestens zum Jahre 2000 alle Kraftwerke den heute gültigen gesetzlichen Regelungen in der Bundesrepublik entsprechen.

Dadurch wird erreicht, daß

- die Schwefeldioxid - Emissionen um mehr als 85 Prozent im Vergleich zu 1989 gesenkt werden;
- die Staub-Emissionen um mehr als 60 Prozent im Vergleich zu 1989 gesenkt werden; und
- die Stickoxid-Emission um mehr als 40 Prozent im Vergleich zu 1989 gesenkt werden.

Das setzt voraus:

- eine Senkung des Energieverbrauchs
- eine Senkung des Aufwands, um Energie zu produzieren
- einen Rückgang des Braunkohleneinsatzes auf weniger als 260 Mio Tonnen im Jahr 1992 und auf weniger als 180 Mio Tonnen im Jahr 2000,
- Abschaltung veralteter Braunkohlekraftwerke und Brikettfabriken und Nachrüstung der jüngeren durch moderne Entstaubungs- und Entschwefelungstechnik.

Das wird erreicht durch

- Steigerung des Steinkohleneinsatzes auf das Doppelte bis 1998,
- Steigerung des Erdgaseinsatzes auf das Zweieinhalbfache bis 2000
- Steigerung des Erdöleinsatzes auf mindestens das 1,4-fache,
- Sanierung und des Ausbaus der Kernkraftwerke nach westlichen Sicherheitsstandards;
- Umstellung auf Fernwärme, Gas und schwefelarmes Heizöl bis zum Jahre 1998.

Das ermöglicht

- den Erhalt von 26 Gemeinden und Ortsteilen
- die Erhaltung ganzer Kulturlandschaften,
- die Rückführung großer Flächen in forst- und landwirtschaftliche Nutzung,
- die Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 20 Prozent bis zum Jahr 2000.

Langfristig ist ein Strukturwandel der Industrie erforderlich: Energieintensive und umweltbelastende Verfahren müssen durch Hochveredelungsverfahren ersetzt werden, die abproduktfrei, umweltfreundlich und marktgerecht sind. Vor Errichtung von Neuanlagen ist der Standort normgerecht zu sanieren.

Das wollen wir:

Die Einheit Deutschlands
● denn wir sind ein Volk.

Ein Europa
● in Frieden und Verständigung.

Sicherheit für unsere Nachbarn
● kein Infragestellen bestehender Grenzen.

Soziale Marktwirtschaft
● ein erprobtes Modell, das sich als solide und tragfähig erwiesen hat und das dem Wort „sozial" gleiche Bedeutung zumißt wie dem Begriff „Marktwirtschaft".

Einen starken Mittelstand
● denn die Flexibilität kleinerer und mittlerer Betriebe ist ein wichtiger Garant für den Aufschwung.

Keine sozialistischen Experimente
● für neue Versuche sind wir uns zu schade, der Mensch braucht ein ihm würdiges System, in dem er sich entfalten kann.

Familien
● deren Zusammenleben wieder leichter wird, weil die kleinen Wirtschaftssorgen des Alltags nicht mehr die Zeit stehlen.

Kinder
● die in einem Bildungssystem aufwachsen, das frei ist von ideologischer Bevormundung und die Individualität des Kindes beachtet.

Eine Jugend
● die in Freiheit ihren Weg ins Leben findet.

Rentner
● deren Einkommen gesichert ist, indem die Rente an die Lohnentwicklung angepaßt wird. Flexible Altersgrenze für den Rentenstand und Verbesserung der Fürsorge.

Bauern
● deren Eigentum durch ein neues Bodenrecht geschützt ist.

Sport
● der Freude macht und nicht nur Kaderschule für Olympiasiege ist.

Behinderte
● sollen rechtlich und sozial gleich gestellt sein.

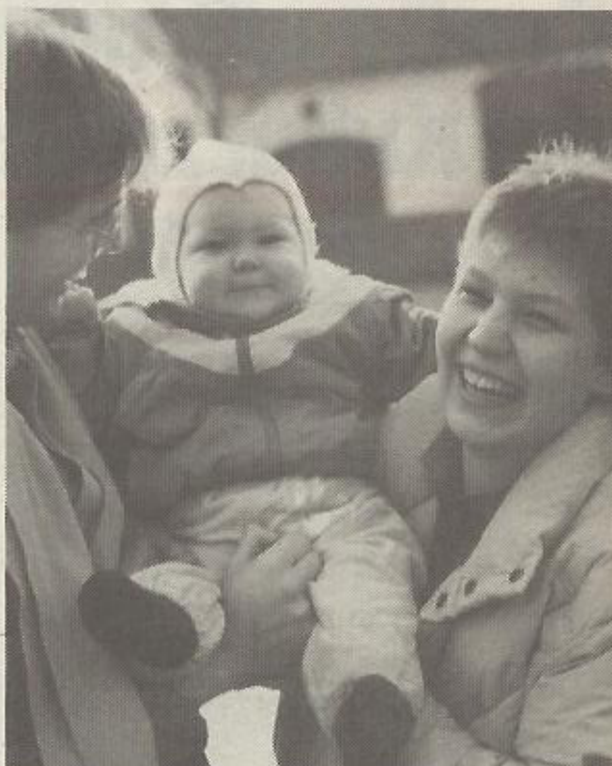
Ein Gesundheitswesen
● das leistungsfähig und menschenfreundlich ist.

Kunst und Kultur
● die anerkannt, gefördert, aber nicht bevormundet wird.

Unabhängige Medien
● die sich keiner Partei verpflichtet fühlen müssen.

Den Wiederaufbau
● der zerfallenen Städte und Dörfer.

Eine gesunde Umwelt
● die durch technische und rechtliche Schritte keinen wirtschaftlichen Aufschwung zu fürchten braucht und uns Menschen Raum zum Atmen gibt.



Alle Kinder sollen gleiche Chancen erhalten: Die CDU will, daß die Eltern wieder über den Weg ihres Kindes entscheiden, über seine Schule, seinen späteren Beruf. CDU – die Partei der Mitte, denn man kann ein Volk nicht mit links regieren.



Gespräche mit den Bürgern stehen an erster Stelle: Der Vorsitzende der West-CDU, Eberhard Diepgen (links), unterstützt uns. In der „Allianz für Deutschland" hat sich die CDU mit dem Demokratischen Aufbruch und der DSU gegen den Sozialismus und für Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

Wir lassen uns unsere Identität nicht nehmen

Von Martin Kirchner

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf." So die Verfassung der DDR von 1949.

Diese föderative Struktur stand der SED und ihren Machtinteressen im Weg. Deshalb löste sie 1952 die Länder auf und schuf einen zentralistischen Einheitsstaat.

Mit dieser primitiven Gleichschalterei muß ein für allemal Schluß sein. Die Einheit Deutschlands bedarf der Vielfalt. Nur so können die Interessen der Menschen des jeweiligen Gebietes konkret vertreten werden.

Deshalb müssen die Länder in der DDR unverzüglich wieder hergestellt werden. Wir lassen uns unsere Identität nicht ein zweites Mal nehmen.

Die Menschen wissen, ihre Heimat ist Mark Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen oder Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Berlin.

Wenn diese traditionsreichen Strukturen wieder zum Tragen kommen, werden sich auch damit Kultur und Bildung entwickeln, wird eine leistungsfähige Wirtschaft erblühen und ein starkes Sozialsystem den Bürgern Geborgenheit geben.

Unsere Heimat ist eines der deutschen Länder, unser Vaterland ist Deutschland, und unsere Zukunft ist Europa!

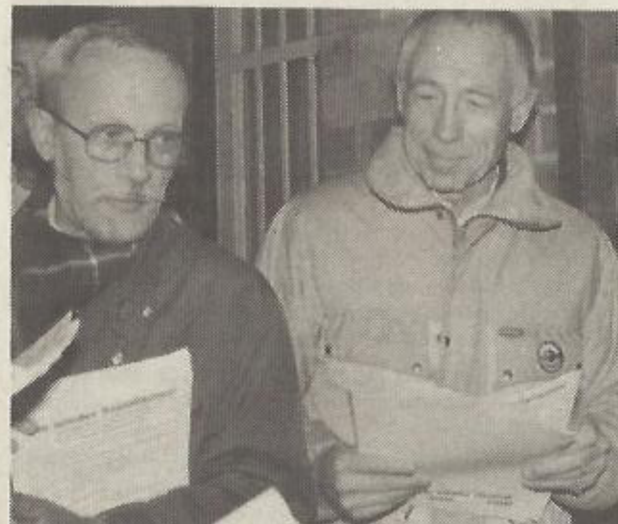


Martin Kirchner, CDU-Generalsekretär

Arbeiter, organisiert Euch!

Der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière hat die Arbeiter aufgerufen, mit der CDU zusammen für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft zu stimmen. Nur die Soziale Marktwirtschaft garantiere soziale Sicherheit und ein gutes Lebensniveau.

Die Arbeiter müßten sich nun auch neu organisieren: sie bräuchten neue Gewerkschaften, die ihre Interessen offensiv vertreten und nicht nur jede Veränderung zu blockieren versuchten.



Ja zur Sozialen Marktwirtschaft und zur privaten Unternehmerinitiative: CDU-Vorsitzender Lothar de Maizière und der stellvertretende Vorsitzende der West-CDU, Heiner Geißler (rechts) vor dem Kabelwerk Oberspree.

Initiativen für die Zukunft

Die CDU hat kompetente Mitarbeiter für die Herausforderungen der Umgestaltung

Die neuen Aufgaben, die auf unser Land zukommen, sind gewaltig: Wir brauchen nicht nur Antworten auf drängende Sachfragen, sondern vor allem auch Personen, die die Umgestaltung in unserem Land tragen können. An den Runden Tischen in unserem Land zeigt die CDU: wir haben die Leute, die vorausdenken und Vorstellungen über die Umgestaltung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten entwickeln. Die neue CDU tritt mit neuen Gesichtern an: sie garantieren die Erneuerung in unseren eigenen Reihen.

In der Partei will die CDU die basisorientierte Arbeit: Demokratische Strukturen sorgen dafür, daß der Wille der Mitglieder überall zum Ausdruck gelangt und das Wirken der Partei auf allen Ebenen bestimmt. Wir wollen eine innerparteiliche Diskussion, die keine Tabus kennt und die geleitet ist vom Bemühen um den richtigen Weg. Lösungen für Sachprobleme erarbeiten wir vor allem in Arbeitskreisen.

Sie beschäftigen sich mit folgenden Themen: Deutschland, Frieden und Sicherheit, Außenpolitik, Wirtschaft und Energie, Mittelstand, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Wirtschaft und Soziales, Banken und Finanzen, Wissenschaft und Forschung, Recht und Kommunalpolitik, Kultur und Bildung, Familie, Jugend, Gesundheitswesen, Sport, Grundwerte. Die dabei gewonnenen Ergebnisse werden in die Partei hineingetragen, als Grundlage für Beschlüsse der Partei.

Die CDU ist als Volkspartei der Mitte für alle Schichten der Bevölkerung offen.

Die Vereinigungen der CDU

● **CDJ** – die Jugendorganisation

● **CSA** – christlich-sozialer Ausschuß

● **Frauen-Union** – eine deutsch-deutsche Interessenvertretung der Frauen in den Schwerpunktgebieten Arbeit und Soziales, Familie, Umwelt.

● **Mittelstandsvereinigung** – die organisatorische und beratende Hilfe für Handwerker, Gewerbetreibende und Unternehmer.

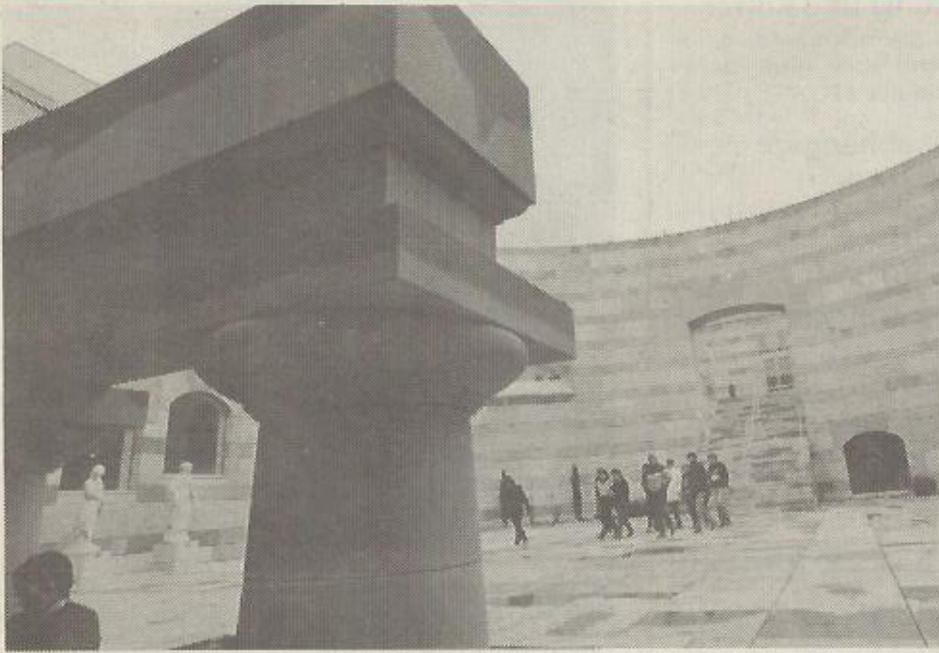
● **Kommunalpolitische Vereinigung** – die sich für die Belange lokaler Politik einsetzt und die den Informationsfluß von der Gemeinde zu Bezirk und Land sichert.

Diese Organisationen vertreten die Interessen von Bevölkerungsgruppen in der Partei.

Weitere Informationen über die CDU gibt es beim Parteivorstand, Otto-Nuschke-Straße 59/60, 1080 Berlin.

Für die beiden Seiten zeichnet der CDU-Parteivorstand, Otto-Nuschke-Str. 59/60, 1080 Berlin

Der Genuß, die Einheit der Kultur zu entdecken


STUTTGART: Anziehungspunkt für Besucher aus aller Welt: Die Neue Staatsgalerie von Baden-Württemberg,entworfen und gebaut in den achtziger Jahren vom britischen Architekten James Stirling.


DRESDEN: In 20 Jahren nach dem Krieg wiederaufgebaut, gehört der Zwinger zu den schönsten und wertvollsten Baukunstwerken Deutschlands.


BERLIN: In fünf Jahren wieder instandgesetzt wurde in der Innenstadt die Friedrichswerdersche Kirche und originalgetrau nach Plänen des Baumeisters Karl Friedrich Schinkel restauriert.

Das gemeinsame kulturelle Erbe und die Geschichte haben die beiden deutschen Staaten auch über die Trennung verbunden. Herder erkannte, daß die Kulturen es sind, die die Nationen bilden, also Sprache, Literatur, Bräuche. Seitdem haben die Deutschen in der Kultur ihre Identität gefunden.

Die gemeinsame deutsche Geschichte spiegelt wider, daß Deutschland, selbst wenn es ein Staat war, nie ein einheitliches Land war.

Die Vielfalt der Regionen sorgte für kulturelle Vielfalt. In der Bundesrepublik hat sich dies erhalten. In der DDR ist man gerade dabei, weg vom Zentralismus zu kommen.

Leipzig baut sich bereits auf, weitere Städte werden folgen.

Das Eintreten für die deutsche Einheit bedeutet nicht, auf diese Vielfalt verzichten zu wollen. Im Gegenteil: Alle, von Luther über Gottsched bis Lessing, die in der Vergangenheit für die Einheit gekämpft haben, haben auch die Vielfalt gewollt.

Seitdem die Mauer gefallen ist, fangen wir in der DDR an, die Möglichkeiten der kulturellen Einheit zu genießen: Die modernen Galerien und Museen der Bundesrepublik in Stuttgart, Düsseldorf oder Köln zu besuchen, in Konzerte nach München oder in die Oper nach Hamburg zu fahren, falls es der Geldbeutel erlaubt. Umgekehrt haben die Westdeutschen begonnen, die reichen Kulturschätze unseres Landes zu besichtigen, unsere reichhaltigen Musikveranstaltungen zu besuchen.

Trotz der kulturellen Identität der beiden deutschen Staaten ist die Trennung nicht spurlos an uns vorbeigegangen. Am deutlichsten wird das bei der Bewertung der Vergangenheit. Die Geschichtsinterpretationen der beiden Staaten haben sich weit auseinander entwickelt.

Wir in der DDR haben die Geschichte ins marxistisch-leninistische Weltbild eingepaßt: Da wurde der Bauernkrieg zur frühproletarischen Revolution. Wir werden unsere Geschichte wieder umschreiben müssen – um die Würde der Fakten endlich gelten zu lassen.

Die kulturelle Vielfalt, die nun in einem gemeinsamen deutschen Staat entstehen kann, wird geprägt sein von der Erfahrung mit dem Sozialismus, die wir DDR-Bürger einbringen. Unsere Literatur ist geprägt von der Auseinandersetzung mit einem System, das Bürger bevormundete.

Was wir bald schon brauchen: Ein Haus der Geschichte, ein deutsch-deutsches Museum, das die Teilung verarbeitet sowie eine Nationalbibliothek und ein Zentralarchiv, in dem wir Zugang zu den Dokumenten der vergangenen 40 Jahre bekommen.

Künstlerbund neu gegründet

Der Erfurter Maler und Grafiker Alfred T. Mörstedt hat den „Bund Thüringer Künstler" gegründet. Mörstedt sagte, daß der noch bestehende Verband Bildender Künstler „der Transmissionsriemen der SED-Kulturpolitik" sei. Das einfache Mitglied sei dabei „hilflos ausgeschlossen".

Gesamtdeutsche Frauen-Union packt tatkräftig mit an:

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Ohne verstärkte Mitarbeit von Frauen ist der Neubeginn in Deutschland nicht denkbar und machbar: Seit Mitte Februar gibt es eine gesamtdeutsche Frauen-Union, in der sich Frauen des Demokratischen Aufbruchs, der CDU-Ost, des Neuen Forums und der CDU-West zusammengeschlossen haben.

Gerade die Frauen haben in Krisensituationen immer wieder bewiesen, daß sie Herausforderungen mit wachsendem Selbstbewußtsein meistern können. Die großen Fragen einer gesunden Umwelt und einer leistungsfähigen, gerechten Wirtschaftsordnung müssen mit den Frauen gelöst werden.

Die Frauen-Union ist eine die Parteien übergreifende Kraft.

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen", sagen die Initiatorinnen der Frauen-Union, Brigitta Kögler (DA), Karin Lük (Neues Forum), Sylvia Schultz (CDU-Ost) und Rita Süssmuth (CDU-West). Zu lange haben die Frauen in der politischen Verantwortung zurückgestanden. Jetzt gilt es, mit einer gemeinsamen Interessenvertretung die Probleme der Frauen und der Gesellschaft anzupacken.

Gleichstellung nicht verwirklicht

Der Sozialismus hat den Anspruch, bestehende Ungleichheiten zu beseitigen, nicht erfüllt. Er hat vielmehr ganz ähnliche Probleme belassen, wie sie – aus anderen Gründen – auch die Bundesrepublik kennt. Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Beruf ist eben nicht eine Frage des Wirtschaftssystems, sondern der Einstellung, die eine Gesellschaft der Erwerbstätigkeit von Frauen entgegenbringt.

Dreifach-Belastung: Kinder, Küche, Kombinat

Die hohe Beschäftigungsquote wirkt sich real für viele Frauen in der DDR als Nachteil aus, weil sie auch dort fast allein die Kinder versorgen und den Haushalt in Schwung halten müssen. Die Dreifachbelastung von „Kinder, Küche, Kombinat", verbunden mit der mangelnden Bereitschaft vieler Männer, ihre Frauen in der Hausarbeit zu unterstützen, führt für viele Frauen zu einer ständigen Überforderung, weil die Erwerbstätigkeit der Frauen für das Familieneinkommen dringend erforderlich ist.

Wer meint, mit der beruflichen Integration der Frauen und der Entlastung von Familienaufgaben durch Betreuung in Ganztagseinrichtungen seien die Probleme gelöst, der täuscht sich.



Die Frauen-Union während ihrer Gründungsveranstaltung in Berlin

So wählen Sie

Zum erstenmal wählen Sie frei und geheim eine Volksvertretung, die beginnen wird, die Demokratie in unserem Land aufzubauen. Um zu gewährleisten, daß künftig der Sozialismus keine Chance mehr haben wird, müssen Sie eine der drei Parteien der Allianz für Deutschland wählen. Dazu sollten Sie bitte folgendes beachten:

- **Sie haben nur eine Stimme!** Jedes weitere Kreuz auf dem Stimmzettel macht Ihre Wahl ungültig.
- Sie müssen sich entscheiden, welcher der drei Parteien Sie Ihre eine Stimme geben wollen: DA, DSU oder CDU.
- Wenn Sie sich entschieden haben, machen Sie Ihr Kreuz hinter dem Namen dieser Partei Ihrer Wahl. Sie können sicher sein, daß Sie damit die Kraft der Allianz für Deutschland gestärkt haben. Jede Stimme zählt!
- Verzichten Sie grundsätzlich auf jede weitere Anmerkung auf dem Stimmzettel. Das macht ihn ungültig.
- Lassen Sie sich nicht durch Einflüsterungen oder Drohungen beeinflussen. Sie haben sich das Recht auf freie, geheime und unabhängige Wahl erkämpft, und niemand kann Ihnen dieses Recht nehmen oder Sie deswegen unter Druck setzen.
- Gehen Sie ohne Furcht zur Wahl. In der Wahlkabine, die Sie benutzen müssen, sind Sie ganz allein und unbeobachtet.
- Seien Sie sich des historischen Moments in der Geschichte unseres Vaterlandes bewußt. Die Augen der Welt blicken an diesem Tag auf Deutschland, auch auf Sie und Ihre Entscheidung.

Wählen Sie eine Partei der Allianz für Deutschland

Verantwortlich: Allianz für Deutschland, Marienburger Straße 12 – 13, 1050 Berlin